



Wortprotokoll

Der 260. Sitzung vom 9. September 1988

Resoconto integrale

della seduta n. 260 del 9 settembre 1988

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG

S E D U T A 260. S I T Z U N G
9.9.1988

INDICE

Interrogazioni e interpellanze pag. 5

Mozione n. 90/87 del 18.12.1987, presentata dal consigliere Meraner, riguardante una adeguata tutela dei biotopi nella nostra provincia. pag. 12

Mozione n. 91/88 del 7.1.1988, presentata dal consigliere Meraner, concernente criteri per il rilascio di licenze commerciali pag. 36

INHALTSANGABE

Anfragen und Interpellationen Seite 5

BeschluBantrag Nr. 90/87 vom 18.12.1987, eingebracht durch den Abg. Meraner, betreffend den angemessenen Schutz der Biotope in unserem Lande Seite 12

BeschluBantrag Nr. 91/88 vom 7.1.1988, eingebracht durch den Abg. Meraner, betreffend Kriterien für die Vergabe von Handelslizenzen Seite 36

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. OSKAR PETERLINI

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

ORE 9.10 UHR
(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolles.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (Legge il processo verbale - verliest das Sitzungsprotokoll)

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Die Zentralregierung hat 15 Gesetzentwürfe genehmigt: Nr. 214/88: "Finanzbestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1988"; Nr. 215/88: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1988"; Nr. 231/88: "Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Landesgesundheitsplanes 1983-1985"; Nr. 174/88/bis: "Änderung der Rechtsordnung des Kindergartenwesens und Bestimmungen zur Gewährung der Direktionszulage an Direktoren von Kulturinstituten"; Nr. 185/88: "Außerordentliche Maßnahmen für Wohnungen und Unternehmen, die durch terroristische Anschläge beschädigt wurden"; Nr. 172/88/bis: "Bestimmungen über die Einstufung in die verschiedenen Ränge des Sonderstellenplans der Feuerwehrdienste und Änderung des Plansolls - Errichtung des Amtes für Zivilschutz"; Nr. 191/88: "Gewährung von Zuschüssen zur Verbesserung der Qualität privat vermieteter Zimmer"; Nr. 199/88: "Änderung des Landesgesetzes vom 17. August 1976, Nr. 36, "Rechtsordnung des Kindergartenwesens"; Nr. 200/88: "Novellierung des Landesgesetzes vom 21. August 1975, Nr. 46, betreffend "Maßnahmen zur Errichtung von neuen Seilbahnanlagen im öffentlichen Dienst in der Provinz"; Nr. 213/88: "Ausübung der Funktionen der Landesverwaltung auf dem Gebiet des Beförderungswesens und der Seehäfen"; Nr. 206/88: "Änderungen des Landesgesetzes vom 6. September 1976, Nr. 41"; Nr. 196/88: "Disziplinarräte für Lehrer und Direktoren an staatlichen Schulen sowie Ergänzung des Landesgesetzes vom 10. November 1976, Nr. 45, über die Bildungstätigkeit im allgemeinen"; Nr. 203/88: "Änderung der Landesgesetze vom 2. Dezember 1985, Nr. 16, vom 9. Dezember 1976, Nr. 60, und vom 30. Juli 1981, Nr. 24, in geltender Fassung, auf dem Gebiet des Transportwesens"; Nr. 180/88/bis: "Regelung und Förderung des Museumswesens"; Nr. 192/88: "Landesgesundheitsplan 1988-91".

Die Zentralregierung hat 2 Gesetzentwürfe rückverwiesen: Nr. 186/88: "Gastgewerbeordnung"; Nr. 222/88: "Änderung der Personalordnung".

Es wurde 1 Gesetzentwurf eingebracht: Nr. 235/88: "Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Landes für das Haushaltsjahr 1987".

Es wurden 12 Anfragen und 2 Interpellationen eingebracht: Nr. 778/88 (Zingerle, Oberhauser), betreffend die Gefährdung der Bienenzucht durch das Auftreten der Varroa-Milbe; Nr. 779/88 (Langer, Tribus), betreffend Projekte, die der Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müßten; Nr. 780/88 (Tribus, Langer), betreffend Ausbau der Bergstation des Col-Raiser-Lifts in St. Christina; Nr. 781/88 (Tribus, Langer), betreffend Gebrauch des Landeswappens in Veröffentlichungen; Nr. 782/88 (Zingerle, Oberhauser), betreffend neuer Energieplan für Südtirol, der vom Industrieminister Adolfo Battaglia vorgelegt wird; Nr. 783/88 (Tribus, Langer), betreffend Sicherung des Etschdammes; Nr. 784/88 (Tribus, Langer), betreffend ehemaliger Parteisitz der SVP in der Bozner Vintler-Passage; Nr. 785/88 (Boesso), betreffend die Zusammensetzung des Wohnbaukomitees; Nr. 786/88 (Oberhauser, Hosp), betreffend den Pendlerverkehr zwischen Sterzing und Brixen; Nr. 787/88 (Barbiero, D'Ambrosio), betreffend Beschlüsse, die auf die Tagesordnung des Landesausschusses vom 9.8.88 gesetzt wurden; Nr. 788/88 (Boesso), betreffend Schreiben der beiden Landeshauptmänner von Bozen und Trient bezüglich Abänderung des Art. 13 des Autonomiestatuts; Nr. 789/88 (Tribus, Langer), betreffend Kahlschläge in der Gemeinde Mühlbach; Nr. 790/88 (Franzelin-Werth), betreffend Anschlag auf die Hochdruckleitung ENEL Lana; Nr. 791/88 (Zingerle, Oberhauser), betreffend Projekt eines Rückhaltebeckens in der Rienzschlucht zwischen Brixen und Mühlbach.

Es wurden 2 Beschlüßanträge eingebracht: Nr. 111/88 (Langer, Tribus) vom 21.7.1988, betreffend Rechtswirksamkeit der EG-Richtlinie 85/337 zur Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung; Nr. 112/88 (D'Ambrosio, Barbiero) vom 31.8.1988, betreffend offizielle Einladung an den Präsidenten der Republik, unser Land zu besuchen.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Barbiero-De Chirico, Benedikter, Magnago und Spöglerschuldigt.

Ich darf noch kurz mitteilen, daß die Gruppensprecher heute früh eine Sitzung abgehalten haben, um den Besuch des Staatspräsidenten Cossiga zu besprechen und diesbezüglich ist vereinbart worden, daß der Staatspräsident um 11.30 Uhr am Eingang empfangen wird. Er wird dann in die Amtsräume des Präsidiums begleitet und wird dort anschließend mit den Gruppensprechern zusammentreten und kurz darauf wird er dem Landtag einen Besuch abstatten. Die Abgeordneten werden gebeten, sich um 11.45 Uhr im Sitzungssaal einzufinden. Wir bitten gleichzeitig, möglichst die erste Reihe der Bänke zu besetzen, das ist so vom Protokoll abgesprochen worden.

Damit kommen wir jetzt zur geplanten Tätigkeit, und zwar zum Punkt 1 der Tagesordnung: "Anfragen und Interpellationen - interrogazioni e interpellanze."

Wir haben am Ende der Tätigkeit vor den Sommerferien beschlossen, daß die beiden ersten Sitzungstage der parlamentarischen Kontrolltätigkeit gewidmet werden sollen und so wurde es auch heute vormittag bestätigt, d.h. mit anderen Worten, es werden jetzt Anfragen, Interpellationen und Beschlußanträge behandelt. Bei den Anfragen hatten wir folgende Prozedur vereinbart, daß grundsätzlich die Landesräte aufgefordert werden, die Anfragen, auch wenn sie eine mündliche Antwort erfordert hätten, schriftlich zu beantworten. Der Anfragersteller kann allerdings darauf beharren - das haben wir auch vereinbart -, die Antwort auch mündlich im Landtag zu erhalten. Somit verlese ich die Anfragenliste und frage gleich nach der Notwendigkeit, sie mündlich zu behandeln.

Die Anfragen Nr. 502/86 und die Interpellation Nr. 604/87 können wegen Abwesenheit des Landesrates Benedikter nicht behandelt werden.

Die Anfragen bzw. Interpellationen Nr. 663/87 (Barbiero, D'Ambrosio), Nr. 672/87 (Pahl, Peterlini), Nr. 681/88 (Zingerle, Oberhauser), Nr. 690/88 (Hosp und andere), Nr. 691/88 (Langer, Tribus), Nr. 708/88 (Peterlini), Nr. 709/88 (Ladurner-Parthanes), Nr. 710/88 (Peterlini und andere), Nr. 711/88 (Barbiero, D'Ambrosio), Nr. 716/88 (Barbiero, Tribus, D'Ambrosio, Langer), Nr. 720/88 (Barbiero, D'Ambrosio), Nr. 722/88 (Peterlini), Nr. 727/88 (Hosp und andere), Nr. 728/88 (Kaserer, Franzelin), Nr. 742/88 (Peterlini), Nr. 746/88 (Mitolo, Montali), Nr. 750/88 (Hosp), Nr. 753/88 (Mitolo, Montali), Nr. 754/88 (Barbiero, D'Ambrosio), Nr. 759/88 (Frasnelli und andere), Nr. 766/88 (Boesso) und Nr. 760/88 (Frasnelli, Franzelin, Kaserer) werden schriftlich beantwortet bzw. infolge bereits erfolgter schriftlicher Beantwortung abgelegt.

Die Anfrage Nr. 705/88, eingebracht durch den Abgeordneten Meraner, bleibt zur mündlichen Beantwortung aufrecht, da der Abgeordnete Meraner nicht im Saal ist.

Anfrage Nr. 706/88, eingebracht durch die Abgeordneten Frasnelli, Kaserer und Franzelin, betreffend die Lohnausgleichskasse für die Arbeitnehmer der Firma DURST. Das Wort hat Abgeordneter Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Die Anfrage ist beantwortet worden, wir sind mit der Beantwortung zufrieden, es wäre nur wichtig, wenn diese Beantwortung, die man persönlich erhalten hat, auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird. Danke!

PRÄSIDENT: Es müßte eigentlich der Norm halber geschehen, aber wir werden es kontrollieren.

Die Anfrage Nr. 713/88, eingebracht durch die Abgeordneten D'Ambrosio und Barbiero, betreffend nichterfolgte Neustrukturierung der Nachrichtendienste der RAI, bleibt zur mündlichen Beantwortung aufrecht.

Die Anfrage des Abgeordneten Meraner an Landesrat Ferretti über zweifelhafte Praktiken unseriöser Firmen wurde bereits schriftlich beantwortet. Abgeordneter Meraner, genügt Ihnen die schriftliche Antwort?

MERANER (FPS): Ich habe grundsätzlich schon einmal die Meinung geäußert, daß wenn ich eine schriftliche Beantwortung wünsche, dann schreibe ich das. Es ist also völlig sinnlos, daß ich jedesmal befragt werde, zumal ich dann die schriftliche Beantwortung, beispielsweise vom Landeshauptmann, in italienisch bekomme.

PRÄSIDENT: Ich danke für die Präzisierung, meine Fragestellung entspricht allerdings dem Beschluß der Fraktionssprecher kurz vor den Sommerferien und somit muß ich diese Prozedur einhalten. Die Anfrage an Landesrat Ferretti bleibt also zur mündlichen Beantwortung aufrecht.

Die Anfrage Nr. 735/88, eingebracht durch den Abgeordneten Peterlini und andere, betreffend die Verkehrslage in Bozen und im Unterland, bleibt zur mündlichen Beantwortung aufrecht.

Die Anfrage Nr. 746/88 der Abgeordneten Mitolo und Montali wurde schriftlich beantwortet. Genügt das, Abgeordneter Mitolo?

MITOLO (MSI-DN): Devo deporre se sono soddisfatto o meno?

PRÄSIDENT: No, no! Wir haben jetzt die Prozedur durchgezogen, die wir vor den Sommerferien vereinbart haben, nämlich, die Anfragen wurden grundsätzlich schriftlich beantwortet, es steht aber immer noch die Möglichkeit offen, eine mündliche Behandlung zu erfordern. Die meisten Abgeordneten haben jetzt darauf verzichtet, aber auch an Sie geht die Frage, ob Sie in diesem Falle auf eine mündliche Antwort verzichten, zumal sie schriftlich erfolgt ist.

MITOLO (MSI-DN): Va bene quella scritta.

PRÄSIDENT: Geht in Ordnung.

Zur Anfrage Nr. 753/88 der Abgeordneten Mitolo und Montali liegt die schriftliche Antwort vor. Geht das in Ordnung?

MITOLO (MSI-DN): Non ho avuto copia, però.

PRÄSIDENT: Die Antwort ist schriftlich erfolgt, vielleicht ist sie unterwegs, wir haben sie jedenfalls schon erhalten. Das Wort hat Abgeordneter Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Siccome si tratta dell'interrogazione che riguarda la composizione della Commissione paritetica, mi permetto di osservare soltanto che sono cinque anni, e la legislatura sta scadendo, che la Commissione paritetica a causa di vari disguidi non é stata rinnovata e che

da più di un anno, essendo stato io eletto dal Consiglio provinciale, non sono stato poi nominato dalla Giunta provinciale e non so per quale motivo.

CONSIGLIERE: (Interrompe)

MITOLO (MSI-DN): Perché non mi hanno dato la risposta. Non se ne sono occupati. In un primo tempo si diceva che bastava l'elezione del Consiglio provinciale. Avvenuta questa è poi saltato fuori che la legge prevede invece la nomina da parte della Giunta, la quale, evidentemente presa da altri problemi, non si è preoccupata di questo. Sarà un piccolo problema, ma da un punto di vista istituzionale mi pare che meriti l'attenzione e la considerazione che si riserva anche ai problemi di questo ordine di grandezza. Arriviamo alla scadenza del Consiglio provinciale senza che questo adempimento sia stato compiuto.

Prego il Presidente di fare presente che ormai è soltanto pro-forma che viene nominata questa Commissione paritetica. Per l'avvenire non deve più accadere. Dall'inizio delle legislature tutte queste Commissioni vanno rinnovate secondo le formalità e le norme che presidono alla nomina di queste Commissioni. Naturalmente sono sorpreso e seccato, non voglio dire indignato, di questo modo di fare della Giunta provinciale.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Mitolo, ich kann nicht zum Meritum eingehen. Die Frage war, ob Sie einverstanden sind, daß die Antwort schriftlich erfolgt. Sie haben jetzt Gelegenheit gehabt, trotzdem Ihren politischen Standpunkt zu äußern...

MITOLO (MSI-DN): Mi diano almeno la risposta scritta!

PRÄSIDENT: Die Antwort liegt schon vor, Sie werden sie also bekommen.

Die Anfrage Nr. 755/88 der Abgeordneten Klotz an Magnago und Bolognini wurde schriftlich vom Landeshauptmann Magnago beantwortet. Das Wort hat Abgeordnete Klotz.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Diese Anfrage wurde in einer derart lapidaren Art beantwortet, daß ich mich damit nicht einverstanden erklären kann und auf eine mündliche Antwort noch einmal zurückkomme.

PRÄSIDENT: Dann bleibt die Anfrage zur mündlichen Beantwortung aufrecht, Frau Abgeordnete Klotz.

Anfrage Nr. 759/88, eingebracht durch die Abgeordneten Frasnelli, Kiem, Kaserer und Franzelin, betreffend die Restaurierung der Meraner Pfarrkirche St. Nikolaus. Das Wort hat Abgeordneter Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Auch in diesem Falle ersuche ich, den Inhalt der Beantwortung der Anfrage der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, da sie sehr positiv ausgefallen ist und ich möchte namens der Burggräfler Abgeordneten dem Landesrat Zelger für die Beantwortung herzlich danken. Die Veröffentlichung der Antwort auch deshalb, weil es der aktiven Beteiligung der Meraner Bevölkerung bedarf, hier im Rahmen einer gemeinsamen Anstrengung dieses Projekt über die Bühne zu bringen. Aber im übrigen herzlichen Dank, Herr Landesrat, für den Inhalt der Beantwortung der Anfrage und somit reicht das vollkommen. Danke!

PRÄSIDENT: In Ordnung! Das war also die Liste der Anfragen bzw. Interpellationen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Passiamo ora alla trattazione dell'interpellanza n. 724/88 del 25.3.1988, presentata dai consiglieri Mitolo e Montali:

I sottoscritti consiglieri provinciali interpellano il signor Presidente della Giunta e l'Assessore ai Trasporti per conoscere se siano al corrente che a tutt'oggi non è ancora stato nominato il presidente dell'assemblea dell'Azienda Consortile Trasporti né il consiglio di amministrazione della stessa, se essi ritengano serio e conforme ai più elementari principi di democrazia quanto accade in detta azienda e se non intendano intervenire per porre termine alla scandalosa situazione, frutto della politica di lottizzazione degli incarichi e dei ricatti che alcune forze politiche esercitano per mantenere in piedi la traballante coalizione del Comune capoluogo.

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten interpellieren den Herrn Landeshauptmann und den Landesrat für Transportwesen, um zu erfahren, ob ihnen bekannt ist, daß sowohl der Vorsitzende der Generalversammlung des Verkehrsverbundes als auch dessen Verwaltungsrat immer noch nicht ernannt worden sind; ob sie der Meinung sind, daß die Vorfälle in besagtem Betrieb überhaupt noch als ernsthaft bezeichnet werden können und mit den grundlegendsten demokratischen Prinzipien übereinstimmen; ob sie einzuschreiten gedenken, um dieser skandalösen Situation ein Ende zu bereiten, die das Ergebnis der von einigen politischen Kräften betriebenen Politik der Verschacherung der Ämter und der von ihnen ausgeübten Erpressungen ist, mit dem Zweck, die wackelnde Stadtratskoalition in der Landeshauptstadt auf den Beinen zu halten.

La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Presidente ed egregi colleghi, si potrebbe dire che questa interpretazione in questo momento é superata, perché nel frattempo, qualche mese fa e comunque dopo la presentazione della mia interrogazione, che é avvenuta il 29 marzo, é finalmente avvenuto il varo del consiglio di amministrazione e la nomina del presidente dell'azienda consortile trasporti.

Debbo osservare che questa nomina mi pare sia stata l'ultima delle varie nomine effettuate dal Comune, dagli organi competenti, rispetto all'elezione del nuovo Consiglio comunale che avvenne il 12 maggio 1985, con oltre tre anni di ritardo quindi rispetto a quelle che sono le scadenze normali. Come si sa le commissioni amministratrici e gli organi direttivi di questa o di quell'azienda dipendenti della Provincia o dei Comuni scadono con i Consigli comunali e sarebbe auspicabile che venissero ricomposte e nominate immediatamente dopo l'elezione, appena entrato in funzione il Consiglio comunale o quanto meno appena varata la giunta di maggioranza che regge il Comune o la Provincia, se si tratta di competenze specifiche provinciali. Qui invece siamo andati avanti tranquillamente per degli anni mantenendo un posto che tra il resto, per quanto mi consta, é anche remunerato abbastanza cospicuamente.

Nella vecchia amministrazione degli anni precedenti tutto quanto procedeva senza che naturalmente nessuno se ne occupasse salvo, come d'obbligo, l'opposizione interna del MSI-DN, che reclamava la regolamentazione di certe posizioni. Ci siamo spesso domandati per quale motivo non sia avvenuta proprio nell'ambito dell'azienda consortile trasporti la nomina del presidente del consiglio di amministrazione, del nuovo consiglio di amministrazione e dell'assemblea.

A noi é parso di dover vedere nel ritardo con cui si é proceduto, che in sostanza, poiché il presidente faceva parte del partito socialdemocratico, che come ben si sa é o era parte magna della giunta comunale, si reggeva in particolare, pesava non tanto per il numero dei suoi componenti, ma per l'autorità del rappresentante del Consiglio comunale socialdemocratico in seno alla giunta comunale. E' parso che questa lentezza fosse dovuta proprio alla difesa - "unquibus et rostris", si direbbe in latino - di certe posizioni di potere che ancora restavano al partito socialdemocratico, ma che poi fosse anche dovuto alle aspirazioni che non hanno tregua e che non si saziano mai del partito socialista italiano, il quale alla fine l'ha spuntata perché mi pare é stato nominato un rappresentante di parte socialista, il professor Michielli.

In merito io osservo anche, Assessore, che a certi posti di responsabilità nelle commissioni amministratrici, pur prendendo atto di quelli che possono essere gli accordi, le esigenze di distribuzione di incarichi in seno alla maggioranza che lottizza il potere in tutti questi settori, dicevo che sarebbe auspicabile che a certi posti di responsabilità aspirassero, per quanto possibile, anche persone competenti. Non erano competenti credo in materia i Ministri. Noi riteniamo che i partiti dovrebbero avere almeno questo rispetto degli elettori e della cittadi-

nanza. Dovranno inviare a questi posti di responsabilità gente che abbia quanto meno un minimo di preparazione specifica per i settori che debbono andare a dirigere. Nel caso precedente in cui si era trattato - peraltro, mi pare, di una ottima persona, io non faccio questioni - si era trattato però di persona con competenze molto limitate in materia, perché era un insegnante elementare o di scuola media. Quello attuale è pure un insegnante di scuola media, addirittura, mi pare, professore di educazione fisica. Ora attendere tre anni per rinnovare un Consiglio di amministrazione per poi mettervi alla testa una persona neanche specificamente competente mi pare un po' esagerato.

Ormai siamo alla fine di questa legislatura ed io auspico naturalmente che per il futuro questo non si ripeta e non si ripeta soprattutto per quanto riguarda certe commissioni amministratrici che hanno compiti di grosse responsabilità anche di carattere tecnico.

BOLOGNINI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):
Il collega Mitolo ha fatto un po' la storia della vicenda. Debbo dire che questa vicenda non l'ho seguita con l'abito del controllore dell'azienda consortile dei trasporti, sotto il profilo della funzione di tutela che la Provincia autonoma potrebbe esercitare. Questo è un abito che non mi compete. L'ho seguita con lo spirito di Assessore competente e delegato ai trasporti.

Sono preoccupato per il tempo speso nella definizione dei nuovi organi dell'azienda consortile dei trasporti stessa, una delle due aziende più importanti nel settore del trasporto pubblico della nostra Provincia, quella tra l'altro che garantisce il regolare svolgimento dei servizi nelle zone più densamente popolate, in particolare nelle città di Bolzano e Merano.

Io non intendo tracciare o ripetere la storia di questa vicenda legata anche alle complesse condizioni politiche dell'amministrazione comunale di Bolzano, che tra l'altro ha avuto pochi giorni fa una definizione in termini temporali piuttosto drastica. Condivido molte delle valutazioni fatte dal collega Mitolo circa l'opportunità che i Consigli comunali provvedano a nominare per la parte di loro spettanza gli organi di questi enti, consortili o meno, affinché questi ultimi siano messi nelle condizioni di poter operare nella maggior chiarezza possibile con tempi sufficientemente ravvicinati rispetto alle scadenze elettorali. Condivido anche l'opportunità che i partiti - e qui non si tratta più di amministrazioni pubbliche - si impegnino a compiere le scelte più oculate per quanto attiene alle persone che saranno o vengono destinate ad amministrare e ad avere responsabilità dirigenziali in queste aziende.

Detto tutto questo, debbo purtroppo concludere che gli interventi politici che ho cercato di operare nei confronti delle amministrazioni comunali interessate e nei confronti dell'azienda consortile dei trasporti stessa hanno prodotto un primo risultato, collega Mitolo, che non è esattamente quello che Lei ha dipinto. Si è costituita solo un'assemblea

dell'azienda consortile dei trasporti, che ha nominato un presidente dell'assemblea, ma l'assemblea dal maggio di quest'anno non é riuscita ancora a produrre la commissione amministratrice. La persona del professor Michielli é una persona ancora designata e non é ancora il presidente dell'azienda consortile dei trasporti, perché due assemblee, tenutesi all'inizio dell'estate, non hanno visto la presenza del numero legale per motivi di ferie o di malattia.

Una terza assemblea tenutasi subito dopo il periodo feriale ha visto l'allontanarsi dei cosiddetti rappresentanti delle minoranze, perché non erano d'accordo su alcune designazioni, per cui il numero legale ancora una volta é venuto a mancare.

Una quarta puntata, diciamo, di questa vicenda dovrebbe aver luogo il 19 settembre e verificheremo dopo questa data se nell'occasione l'assemblea dell'azienda consortile dei trasporti sará riuscita o meno ad eleggere sia la commissione amministratrice per quanto attiene i membri, rappresentanti effettivi e quelli supplenti, sia il presidente dell'azienda stessa. Certo é che purtroppo già si arrivava in ritardo rispetto al giorno in cui il Consiglio comunale di Bolzano e di Merano erano stati eletti. Adesso con la decadenza del Consiglio comunale di Bolzano e la nomina di un nuovo Consiglio comunale nei prossimi mesi, la situazione di questa azienda, per quanto attiene la sua rappresentatività nei confronti del Consiglio comunale di Bolzano, sará una situazione ancora più intricata e complessa, perché fa riferimento ad un'assemblea che per la parte eletta dal Consiglio comunale di Bolzano fa riferimento ad un Consiglio comunale che a quell'epoca sará scaduto e quindi sostituito da un altro, il quale però, stante la recente legge che abbiamo approvato non molto tempo fa in Consiglio regionale, dovrebbe avere una vita abbastanza modesta, perché dovrebbe scadere con il 1990, anno in cui anche gli altri Consigli comunali vengono rinnovati.

La questione é quindi abbastanza complessa. Non c'é interferenza, però é vero che l'assemblea per la parte relativa al Comune di Bolzano non rappresenta quel Consiglio comunale. Abbiamo dei tagli di presenza e di rappresentatività politica all'interno di quell'organismo purtroppo non tra i più chiari e trasparenti. Speriamo che questo non abbia ad incidere sulla funzionalità di questa azienda, che indubbiamente merita ogni attenzione per il grande ruolo che essa svolge all'interno della zona più fortemente popolata della nostra provincia.

MITOLO (MSI-DN): Io sono solo in minima parte soddisfatto delle dichiarazioni dell'Assessore, che peraltro ha tenuto anche a sottolineare che é d'accordo con me su certe valutazioni. Io sottopongo all'attenzione - in particolare dei colleghi della Giunta - il fatto che ormai a distanza di oltre tre anni, da circa tre anni e mezzo, ci troviamo con un'azienda dell'importanza dell'azienda consortile trasporti nella situazione che ci ha dipinto direi in maniera molto chiara e molto più ampia di quanto non abbia fatto l'Assessore competente stesso, il quale dice:

"In fondo io non ho esercitato la mia competenza di tutela". Di fronte a certi avvenimenti ed a certe situazioni non é solo l'Assessore competente in materia di trasporti che deve esercitare la tutela, ma la Giunta per intero e soprattutto il Presidente della Giunta, che si deve fare carico di certi controlli e di fare in modo che certi enti funzionino non solo regolarmente, ma nel pieno rispetto di quelle che sono le norme dell'amministrazione e di quelle che presiedono allo svolgimento di queste attività così importanti. Non si può fare finta di niente e dire "non me ne sono accorto" oppure "ho lasciato la cosa in mano ai Comuni interessati", soprattutto perché la Provincia, se non vado errato, in questo settore, come tutti sappiamo, spende centinaia di milioni, miliardi a copertura del disavanzo di questa azienda.

Su questo tema non posso evidentemente essere d'accordo con l'Assessore e mi dichiaro solo in minima parte soddisfatto, per quella parte naturalmente che lo ha visto concorde con le mie valutazioni.

PRESIDENTE: Passiamo agli altri punti dell'ordine del giorno.

I punti 2) e 3), mozioni n. 66/86 e n. 86/87, non si possono trattare, perché manca il rappresentante del partito comunista. Sul punto 4), mozione n. 54/86, concernente la proporzionale etnica presso le Ferrovie dello Stato, si chiede il rinvio. Per quanto riguarda il punto 5) all'ordine del giorno, mozione n. 83/87, il consigliere signora Barbiero non é presente. I punti 6) e 7), disegni di legge n. 95/86 e n. 62/85, vengono rinviati.

Passiamo al punto 8) dell'ordine del giorno: "Mozione n. 90/87 del 18.12.1987, presentata dal consigliere Meraner, riguardante un'adeguata tutela dei biotopi nella nostra provincia."

Punkt 8 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 90/87 vom 18.12.1987, eingebracht durch den Abgeordneten Meraner, betreffend den angemessenen Schutz der Biotope in unserem Lande."

Dó lettura della mozione:

Una tutela adeguata dei biotopi nella nostra Provincia è di grande interesse generale e quasi tutti i concittadini la considerano prioritaria.

Tuttavia nella prassi si vede che molti biotopi nella Provincia sono stati distrutti oppure danneggiati in modo irresponsabile. Va inoltre fatto presente che spesso gli enti competenti vengono informati troppo tardi sul danno arrecato ai biotopi e pertanto non di rado accade che adeguate misure preventive risultano essere inutili.

Nella maggior parte dei casi è impossibile ed inoltre molto dispendioso riparare completamente i danni arrecati ai biotopi.

Qualsiasi danneggiamento o distruzione di un biotopo significa un ulteriore impoverimento della natura, natura che appartiene a noi tutti e

alle generazioni future e sulla quale il singolo non ha diritto di disporre a sua discrezione.

Premettendo questi fatti e queste riflessioni di principio

il Consiglio provinciale

delibera

di assegnare alla Giunta provinciale i seguenti compiti, acchè i biotopi ancora esistenti vengano tutelati e conservati nel modo più appropriato.

1. Completare l'elenco dei biotopi e in particolar modo perfezionare la parte grafica.
2. In collaborazione con le associazioni per la tutela dell'ambiente a titolo onorifico nominare per ogni biotopo un responsabile in materia, che rigorosamente vigila sul biotopo a lui assegnato e che trasmetta immediatamente tutte le informazioni necessarie agli enti competenti. Il responsabile per i biotopi deve inoltre redigere una relazione annua sul biotopo a lui assegnato avanzando proposte per la conservazione e il miglioramento del medesimo.
3. Stanziare fondi sufficienti per la tutela dei biotopi.

Ein angemessener Schutz der Biotope in unserem Lande ist von großem Allgemeininteresse und wird von fast allen Mitbürgern als vordringlich empfunden.

Die Praxis zeigt jedoch bereits, daß viele Biotope in unserem Lande in unverantwortlicher Weise zerstört oder geschädigt worden sind. Es muß weiters festgestellt werden, daß die zuständigen Stellen oft zu spät von der Schädigung der Biotope erfahren und deshalb nicht selten geeignete vorbeugende Maßnahmen unmöglich gemacht werden. Eine völlige Wiedergutmachung der angerichteten Schäden ist in den allermeisten Fällen unmöglich und außerdem sehr aufwendig.

Jede Schädigung oder Zerstörung eines Biotopes bedeutet aber eine zusätzliche Verarmung der Natur, die uns allen und den kommenden Generationen gemeinsam gehört und über die der einzelne nicht ein uneingeschränktes Verfügungsrecht haben kann.

Von diesen Tatsachen und grundsätzlichen Erwägungen ausgehend

beschließt

der Südtiroler Landtag

die Südtiroler Landesregierung mit folgenden Aufgaben zu betrauen, damit die noch bestehenden Biotope in geeigneter Weise geschützt und erhalten werden.

1. Das Verzeichnis der Biotope soll ergänzt und speziell im graphischen Teil vervollständigt und verbessert werden.
2. In Zusammenarbeit mit den Umweltschützern soll für jedes Biotop ein ehrenamtlicher Biotopenverantwortlicher bestellt werden, der das ihm zugewiesene Biotop genau überwacht und alle nötigen Informationen sofort an die zuständigen Stellen weitergibt. Der Biotopenverantwortliche soll außerdem jährlich einen Bericht über das betroffene Biotop abfassen und Vorschläge für die Erhaltung und Verbesserung desselben unterbreiten.

3. Im Haushalt sind ausreichende Geldmittel zum Schutze der Biotop vorzusehen.

La parola al consigliere Meraner per l'illustrazione.

MERANER (FPS): Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß der Inhalt dieses Beschlußantrages eigentlich sehr klar ist. Es geht ganz einfach darum, daß wir wieder einmal versuchen, Schäden zu vermeiden, anstatt später zu reparieren. Im Fall der Biotop ist dies in sehr vielen Fällen, wie wir inzwischen erfahren haben, überhaupt nicht mehr möglich. Aber nicht nur dies soll der Sinn dieses Beschlußantrages sein, sondern es soll auch die politische Tendenz zugrunde liegen, daß die Landesverwaltung in sehr wesentlichen Angelegenheiten, und der Schutz der Natur, der Biotop insbesondere, ist sicherlich ein Anliegen der breitesten Bevölkerungsschichten, dass in diesen Bereichen die Verwaltung vernünftigerweise so weit als möglich dezentralisiert. Gerade in diesem Bereich schiene mir das sinnvoll, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß die Landesregierung zwar willens wäre, diese zu schützenden Gebiete auch entsprechend zu schützen, daß sie aber vielfach nicht dazu in der Lage ist, weil ihr eben von der Peripherie her nicht rechtzeitig die entsprechenden Informationen und Anregungen zukommen. So erfährt die Landesregierung in der Regel erst dann etwas über ein Biotop, wenn dieses Biotop geschädigt ist oder der Gefahr ausgesetzt ist, geschädigt zu werden. Es ist deswegen eine Erleichterung für die Landesregierung, wenn sie qualifizierte, idealistisch eingestellte Leute mit dieser Aufgabe betraut, so daß jeder einzelne einen kleinen Bereich, ein Biotop zu betreuen hat, dies kann er dann in jedem Detail tun, er kann darauf achten, daß dieses nicht nur geschädigt wird, sondern durch jahrelange Beobachtung kann er möglicherweise der Landesregierung auch in kurzen Berichten nützliche Hinweise dafür geben, wie man die betreffenden Biotop evtl. auch noch verbessern könnte.

Deshalb würde ich die geschätzten Kolleginnen und Kollegen ersuchen, diesen Beschlußantrag gut zu überlegen, evtl. Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge einzubringen, aber in der Sache selbst dann dem Antrag zuzustimmen, weil ich glaube, daß wir erstens weitblickend gesehen, eine gute Sache tun, und daß wir zweitens ganz sicher auch den Willen breiter Kreise der Bevölkerung unseres Landes interpretieren.

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß dieser Beschlußantrag weder als eine direkte noch als eine indirekte Rüge an die Landesregierung wegen eventueller Versäumnisse verstanden werden soll, sondern, ich wiederhole noch einmal, es soll der Landesregierung, von der ich glaube, daß sie diese wertvollen Güter schützen will, eine Hilfestellung geleistet werden und wir sollten sie dazu in die Lage versetzen. Ich bedanke mich.

TRIBUS (AS): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Diese kurze Erklärung im Namen meiner Fraktion, um auszudrücken, daß wir voll und

ganz hinter dem Beschlußantrag des Kollegen Meraner stehen. Der Kollege Meraner hat zwar gesagt, er möchte den Beschlußantrag in keiner Weise als Rüge an die Landesregierung verstehen, ich hingegen muß sagen, daß ich wohl auch eine Rüge aussprechen möchte, weil es einfach eine Tatsache ist, daß in den letzten Jahren wohl einige Biotope mutwillig zerstört worden sind und tatsächlich immer dann im nachhinein, aufgrund von Hinweisen von Umweltschützern und sensiblen Personen, dieser Naturfrevel aufgedeckt worden ist, meistens immer zu spät, um auch die Situation dahingehend zu bereinigen, daß man das Biotop "wiederherstellen" kann, denn es dauert dann meistens 10, 15, 100 Jahre, um so eine Situation wieder-gutzumachen.

Ich habe leider nicht das Verzeichnis hier, es gibt mittlerweile ein Verzeichnis, in dem aufgezeigt wird, wo überall Biotope zerstört worden sind, mir fallen ein, beispielsweise im Unterland, in Brixen, in Wiesen, in Mühlbach. Es gäbe, wenn man die Zeit hätte, sich die Sachen herauszusuchen, zumindest 20, 30 Beispiele und mehr, die man aufzählen könnte. Wir haben auch eine Reihe von Anfragen zu dieser Umweltkriminalität gemacht, wo meistens dann von seiten des zuständigen Landesrates zwar gesagt wird, ja, leider ist es passiert, aber was soll man tun. Es werden dann Verfahren eingeleitet, es werden Verantwortliche ausfindig gemacht, aber konkret passiert nichts, weil eben bereits zerstört worden ist, geplant worden ist usw. und der ursprüngliche Zustand in der Regel nicht mehr hergestellt werden kann.

Dahinter steckt auf der einen Seite eine sehr raffinierte Bauernschläue, daß man Bestimmungen umgeht. Man weiß ja meistens ganz genau, daß es sich um Biotope handelt, es werden die Bestimmungen und Gesetze umgangen. Es handelt sich um Nacht- und Nebelaktionen, des Nachts werden plötzlich Biotope zugeschüttet, planiert, Bäume werden gefällt und am nächsten Tag wird einfach die Feststellung gemacht, daß ein Zustand nicht mehr so ist wie er sein sollte. Man kann Bedauern ausdrücken, man kann Verurteilungen aussprechen, aber die Tatsache ist einfach vorgegeben und man kann nichts tun, sondern nur bedauern. Natürlich stellt sich in diesem Fall die Frage, daß das Land nicht imstande ist, seiner Kontrollfunktion nachzukommen und einen Schutz garantieren kann. Deshalb, glaube ich, wäre es tatsächlich notwendig, angebracht, zielführend, sinnvoll, wenn diese Vorschläge die der Kollege Meraner in diesem Beschlußantrag eingebracht hat, in die Tat umgesetzt würden, daß man tatsächlich eine Person aus dem jeweiligen Bezirk, aus der jeweiligen Gemeinde beauftragt, dieses Biotop zu kontrollieren, um diese Nacht- und Nebelaktionen, diese Frevel, diese Schandtaten zu vermeiden. Der Weg, der vorgeschlagen wird, ist ein ungemein unbürokratischer, er kostet dem Land überhaupt nichts, und ist auch insofern sicher, weil damit Leute beauftragt werden sollen, die im Territorium leben, die das Gebiet kennen. Auf diese Weise ist es auch möglich, den Umweltschutzverbänden eine Verantwortung zu übertragen, die sie bestimmt sehr gerne wahrnehmen würden. Deshalb würde ich mich auch

dem Wunsch des Kollegen Meraner anschließen und mir sehr wünschen, daß der Landtag diesen Beschlusantrag annimmt.

FRASNELLI (SVP): Ich möchte namens meiner Fraktion zum gegenständlichen Beschluß folgendes zum Ausdruck bringen: Bisher sind in Südtirol 103 Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1380 Hektar als geschützte Biotope im Sinne der einschlägigen Landesgesetzgebung ausgewiesen. Wir sind der Meinung, daß die Landesregierung in diesem Sinne richtig gehandelt hat, daß im Zuge des allgemeinen Landschaftsschutzes nun ein Großteil der Landesfläche einmal als Naturschutzgebiete, als Gebiete mit besonderen Gebietsplänen und als ausgewiesene geschützte Biotope ihren Anteil dazu beigetragen hat, daß dadurch der Naturhaushalt als Ganzes, vor allem aber wildlebende Pflanzen und Tierarten geschützt werden. Auch um ganz einfach die Leistungs- und Nutzungsfähigkeit der Naturgüter Boden, Wasser und Luft, als Lebensgrundlage für den Menschen, für die Tiere und für Pflanzen zu sichern und die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes selbst zu erhalten.

Ich meine, daß in Zukunft größere und stärkere Anstrengungen zum Schutze wildlebender Pflanzen- und Tierarten notwendig sind, deren Existenzgefährdung in einem besorgniserregenden Ausmaß fortschreitet. Denken wir daran, daß erst unlängst bekanntgeworden ist, daß im alpinen Raum in den letzten Jahrzehnten etwa 130 Pflanzenarten ausgestorben sind, d.h. das Ausweisen geschützter Biotope bedeutet Artenschutz im weitesten Sinne des Wortes. Auch meine Fraktion möchte im Zusammenhang mit der Diskussion zu diesem Gesetzentwurf zum Ausdruck bringen, daß das Biotopschutzprogramm im allgemeinen systematisch voranzutreiben ist, um den Schutz der Lebensstätten von wildlebenden Pflanzen- und Tierarten als wichtigste Voraussetzung für die Sicherung ihrer Existenz nachhaltig zu verbessern, aber über das Biotopschutzprogramm hinaus auch sich Überlegungen zu machen, inwieweit zusammenhängende Grünlandbereiche in Richtung der Siedlungsgebiete der Ballungszentren oder geradezu in die Ballungszentren unseres Landes hineingebildet werden können und dort wo sie vorhanden sind, vernetzt werden können und ausgeweitet werden sollen. In diese Gesamtrichtung möchte meine Fraktion die Diskussion um diesen Beschlusantrag sehen. Sie stimmt daher - weil es auch einer Forderung, wie ich sie kurz zu erläutern mir erlaubt habe und die unserer Fraktion entspricht - nicht ganz eng zu sehen, sondern in jene Richtung auszuweiten, wie ich sie mir erlaubt habe darzulegen. Sie entspricht also unserer Grundposition, die Aussage in diesem Beschlusantrag. Aus diesem Grunde werden wir für den Beschlusantrag stimmen, insbesondere was die Punkte 1 und 3 des Beschlusantrages anlangt. Wir sind hingegen, was den Punkt 2 des Beschlusantrages anlangt, der Meinung, daß nicht das Land hergehen sollte, um sozusagen Biotopenverantwortliche zu bestellen, sondern daß insbesondere die privaten Vereinigungen, die wir im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes haben, hier aufgerufen sind, auf der Ebene der Freiwilligkeit, der freiwilligen Beteiligung und des freiwilligen Engagements, für diese

Tätigkeit mitzuwirken und würden daher ersuchen, daß der Einbringer den Punkt 2 wegnimmt, dann könnte man insgesamt abstimmen und die SVP-Fraktion würde sich selbstverständlich dafür aussprechen; für den Fall, daß er in der vorliegenden Form den Punkt 2 auch beibehalten möchte, aus den erwähnten Gründen der Freiwilligkeit, die wir in besonderer Weise sehen wollen, würde die SVP-Fraktion dann darum ersuchen, was den beschließenden Teil anlangt, nach den verschiedenen Absätzen abzustimmen und sie würde dann Ja sagen zu den Punkten 1 und 3, nicht aber für den Punkt 2 stimmen.

Aber bevor man dies macht, die Frage an den Einbringer, ob er den Punkt 2 herausnehmen könnte. Insgesamt aber, wie gesagt, eine positive Haltung gemäß der Einführung und Explizierung, wie ich sie mir auch erlaubt habe, im Namen meiner Fraktion zu geben, gegenüber diesem Beschlußantrag. Danke, Herr Präsident!

MERANER (FPS): Ich möchte mich zunächst beim Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei dafür bedanken, daß auch seine Fraktion grundsätzlich diesem wichtigen Anliegen positiv gegenübersteht, aber, Kollege Frasnelli, der Punkt 2 ist natürlich der Kern der Sache. Wenn wir den weglassen, dann bleibt eigentlich nichts mehr übrig als ein frommer Wunsch, ein Traum. Nur, ich bin gerne bereit, daß wir den Punkt 2 textlich abändern, wenn das gewünscht würde, wobei der Inhalt im Grundsatz beibehalten werden soll. Nun sehe ich keinen Widerspruch zwischen dem was Du gesagt hast und dem was ich gefordert habe, denn da steht doch "in Zusammenarbeit mit den Umweltschützern". Also nicht die Landesregierung wird diktieren, wer, sondern sie wird sich mit den Umweltschutzverbänden zusammensetzen und diese werden dann ihre ehrenamtlichen Biotope-Verantwortlichen, im Einvernehmen mit der Landesregierung, ernennen. Ich kann da keinen Widerspruch finden und sehe deshalb auch überhaupt keinen Grund, warum der Punkt 2 weggelassen werden soll. Vielleicht habe ich es nicht richtig verstanden, aber ich sehe wirklich keinen Widerspruch zu Deinen Ausführungen und zu dem was da drinnen steht. Würden wir das weglassen, dann hätte der Beschlußantrag überhaupt keinen Wert mehr.

KLOTZ (SHB): Danke! Ich hätte das Wort eigentlich nicht ergriffen, denn das Anliegen ist für mich klar und auch selbstverständlich ist es für mich, diesem Beschlußantrag zuzustimmen. Aber nach dem Vorschlag des Fraktionssprechers Frasnelli möchte ich den zuständigen Landesrat in diesem Zusammenhang schon fragen, wie man sich dann vorstellt, eine effiziente und möglichst kostensparende Aufsicht oder Kontrolle oder den Einsatz, die Betreuung eines Biotops zu gewährleisten, denn mir scheint, daß diesbezüglich die Ehrenamtlichkeit wesentlich zielführender ist, als wenn die Landesregierung für Kontrollen sorgt. Man weiß auch nicht in welcher Vorstellung, in welchem Rahmen. Es würde dafür auch sehr viel mehr Geld ausgegeben werden müssen. Wir wissen doch, daß gerade Angehörige von Umweltschutzgruppen sehr gerne bereit sind, solche ehrenamtliche

Aufgaben zu übernehmen. Man sollte schon ein wenig auch von der Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit ausgehen, so wie es beispielsweise in Österreich und Deutschland der Fall ist, wo nicht überall die öffentliche Hand für Kontrollen und Oberaufsicht sorgt, sondern wo die Gruppen, kleine Gemeinschaften, kleine Initiativen, selbsttätig werden und eine Arbeit leisten, die die öffentliche Hand dann nicht mehr zu bezahlen braucht. Man sollte auch hier ein wenig das Subsidiaritätsprinzip walten lassen.

FRASNELLI (SVP): Nur ganz kurz, weil ich vom Kollegen Meraner mehrmals angesprochen worden bin. Ich möchte seine Intervention nicht dahingehend verstanden wissen, daß wir das Interesse und das Engagement der privaten Vereinigungen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes in Frage gestellt haben. Das hat mir ein bißchen so durchgeklungen, als ob die nicht imstande oder nicht willens wären, hier wirklich das zu leisten, wozu wir sie auffordern möchten. Aber denken Sie, wir haben an die 103 Biotope, es müßten da irgendwelche Ernennungsprozeduren, wenn da die öffentliche Hand einschreiten würde, aufgestellt werden, mit einem unheimlichen Bürokratismus, den auch Sie, Herr Kollege Meraner, immer wieder anprangern. Ich möchte also nochmals darauf bestehen und auch ruhig Bezug nehmen, was meine Vorrednerin zum Ausdruck gebracht hat. Es ist das Engagement und das Interesse der privaten Vereinigungen und Organisationen subsidiär angerufen und dieselben sind aufgerufen, sie werden sicherlich dabei zusammenwirken mit der Landesregierung, aufgerufen, hier ihren Teil zu leisten. Ich würde in diesem Sinne nochmals den Kollegen Meraner ersuchen, doch Vertrauen in die Leistungsfähigkeit, in das Interesse und in die Bereitschaft der Umweltorganisationen zu zeigen, wie er es ja zu anderen Zeitpunkten auch immer wieder getan hat. Wir als Südtiroler Volkspartei möchten dies an dieser Stelle unterstrichen haben. Danke, Herr Präsident!

MITOLO (MSI-DN): Presidente ed egregi colleghi, questa é una delle tante mozioni che presupporrebbe l'intervento preventivo dell'Assessore competente, perché evidentemente una volta portato il parere ed il pensiero sicuramente autorevole dell'Assessore competente possono essere meglio orientate le posizioni dei vari partiti, altrimenti finiamo sempre per giudicare in materia senza un elemento fondamentale che é rappresentato dal parere della Giunta. Una volta espresso il parere della Giunta, poiché il Regolamento non consente a me nella replica di prendere la parola, si rischia evidentemente anche di fare cattiva figura.

Il problema in sé indubbiamente é importante poiché oggi giorno - per fortuna dico io - c'è maggiore sensibilità proprio di quanto non molto tempo fa, qualche anno addietro, sulla difesa del territorio, dell'ambiente ed in particolare dei biotopi che sono una specie di piccoli parchi, se così li posso definire, che hanno certe caratteristiche che vanno salvaguardate e tutelate a norma di legge. Se non vado errato,

questi biotopi meritano tutto l'amore, la considerazione, l'assistenza e l'interesse ovviamente non solo della Giunta, ma di tutti i cittadini. In questo caso il Consiglio provinciale deve dare il buon esempio e quindi é fuori dubbio che la mozione rappresenta un problema nel quale credo tutti siamo d'accordo: la salvaguardia, la tutela e la difesa soprattutto dalla distruzione.

In passato abbiamo dovuto purtroppo recepire e raccogliere in questo campo tristi esperienze e se ne preannunciano altre, almeno da quanto leggo sulle cronache dei nostri quotidiani locali. E' di questi giorni, non si tratta di un biotopo, la notizia della sospensione dei lavori per quanto riguarda Valles e Labiseben, che nonostante a suo tempo avessi presentato in matra una interrogazione alla quale si era risposto in un certo modo, i lavori di ampliamento della strada che porta alla malga oltre la Forcella e oltre Labiseben mi pare siano stati eseguiti. Ci si é accorti per fortuna in tempo, ma già qualche danno é stato compiuto. Sono stati sospesi i lavori, ma evidentemente questo non basta.

Questo, Assessore, sta a dimostrare ed a testimoniare che bisogna avere un servizio di vigilanza efficiente. Noi siamo d'accordo su di una certa impostazione, ma debbo dire la verità, l'articolo 2 mi ha sorpreso. Che cosa significa la nomina di un responsabile del biotopo a titolo onorifico? Credo che l'Assessorato sia organizzato in maniera tale che tutta la provincia sia suddivisa in dipartimenti, settori, distretti o zone per le quali sicuramente c'è un responsabile e quindi il responsabile a titolo onorifico lo farebbe volontariamente senza compenso? Questa é in sostanza la definizione dell'attività onorifica. Naturalmente non si tratta di regalare il titolo di cavaliere per la difesa dei biotopi, ma si tratta di nominare una persona la quale oltretutto deve disporre di tempo ed anche della possibilità dei controlli. Non so quanto questo lo possa fare, sia pure a titolo onorifico, senza che il fatto non implichi anche un dispendio di tempo e quindi un impegno che va riconosciuto e rinnovato. Penso che su questo argomento sarà più preciso l'Assessore in materia. Ci sono le varie associazioni protezionistiche che per loro specifica natura possono svolgere, come fanno, un incarico di controllo.

Il terzo punto: "la sostanziale, i fondi sufficienti per la tutela dei biotopi". Credo che il bilancio dell'Assessorato in materia debba ovviamente prevedere la disponibilità, i mezzi finanziari sufficienti per poter mantenere, per potersi preoccupare dell'esistenza e della sopravvivenza dei biotopi, altrimenti dovremmo dire che l'Assessore é una persona irresponsabile. Né d'altra parte mi pare che nelle discussioni sui bilanci che abbiamo fatto in materia ci si sia soffermati sufficientemente. Nessuno però ha rilevato mai che nel settore della tutela dei biotopi non ci sono mezzi sufficienti come parrebbe di dover dedurre dalla mozione presentata.

In conclusione, in linea di principio noi siamo d'accordo, attendendo però ovviamente prima di prendere una decisione le dichiarazioni dell'Assessore. Sarebbe probabilmente opportuna non voglio dire una ri

formulazione della mozione stessa nella parte deliberante, ma probabilmente credo che si debba tenere conto proprio della risposta dell'Assessore per formularla in maniera più aderente a quelli che sono gli scopi effettivi che si propone.

BOLOGNINI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):
Credo che questa mozione vada considerata tutto sommato come uno stimolo a proseguire un'attività impegnata come quella che la Giunta provinciale in questi ultimi 10-15 anni ha portato avanti, secondo me, in modo egregio, meritevole di una valutazione positiva.

Non mi pare si debba puntare l'attenzione in maniera rilevante sull'opportunità di completare l'elenco dei biotopi o di completare per così dire la messa sotto tutela di altre zone meritevoli di essere considerate come biotopi, come se rimanesse ancora una grande fascia di lavoro da svolgere in materia. Ormai sono circa un centinaio i biotopi individuati sul territorio provinciale ai sensi della normativa vigente. In pratica tutte le possibili zone che sul territorio provinciale potevano essere considerate biotopi, sono state regolarmente assoggettate ad un vincolo di tutela specifica ai sensi della legislazione provinciale vigente in materia di tutela del paesaggio. Rimane ancora qualche piccolo biotopo da allegare al resto del lungo elenco in zone peraltro abbastanza alte e quindi con minori problemi di pericolosità quotidiana e nei confronti dei quali si può ancora procedere con un attimo di tranquillità, perché non vi sono particolari minacce incombenti e la dimensione qualitativa e quantitativa è molto modesta. Quello che si doveva fare, in sostanza è stato fatto.

Per quanto attiene i biotopi esistenti credo che la stragrande maggioranza non presenti problemi per quanto riguarda la loro sopravvivenza e per quanto riguarda una loro gestione perlomeno sufficiente. Solo per alcuni, soprattutto in zone particolarmente antropizzate, si sono rilevati e si rilevano problemi anche delicati. Cito uno per tutti il biotopo del Valsura, il quale, proprio per il modo in cui è nato, per la località in cui è posto, indubbiamente non poteva non presentare i problemi che lungo l'arco degli anni si sono, purtroppo, susseguiti e verificando con i quali ci si continua a confrontare. Una soluzione definitiva quindi ancora non si può dire essere stata raggiunta fino a quando non verrà completato il sistema di impianti necessari per garantire un corretto smaltimento dei rifiuti sul territorio almeno nella zona circostante Merano oppure sino a quando non saranno completati i lavori per la superstrada Bolzano-Merano. Sino a quando non saranno definiti i limiti degli insediamenti produttivi in quella zona, è chiaro che anche il problema del biotopo del Valsura continuerà a presentare margini di incertezza per quanto riguarda la sua tutela compiutamente efficiente come vorremmo poter garantire.

Vi sono stati altri casi, sempre in zone abbastanza o fortemente antropizzate - zone dove è evidentemente più facile che si verificano

fenomeni di aggressione e di violenza nei confronti dei biotopi - dove vi sono stati addirittura tentativi di interrimento o di distruzione, se non completa per lo meno parziale, di biotopi. Mi riferisco ad esempio alla vicenda del Paludel: quando stava per essere posto sotto tutela sono partite le ruspe. Dobbiamo dire che nella stragrande maggioranza di questi casi, gli interventi dell'amministrazione provinciale sono stati sufficientemente tempestivi e, a parte le denunce, le condanne, ecc., si é arrivati, proprio ad esempio nel Paludel, a ripristinare la situazione antecedente e questo anche sulla base di intese convintamente partecipate con l'amministrazione comunale.

Questo tipo di rapporto, quindi, che si é costruito con gli enti locali e con le popolazioni delle zone interessate ha rappresentato e rappresenta, secondo me, un momento fondamentale, in quanto, al di là degli aspetti formali connessi al vincolo specifico cui i biotopi vengono assoggettati, è assolutamente importante che questi abbiano poi ad avere una loro vita. Vi sono stati altri casi dove l'attenzione acuta delle associazioni ambientaliste hanno richiamato l'attenzione su zone che venivano minacciate, come ad esempio Sarnes, dove in realtà però non vi erano biotopi ufficialmente consolidati e definiti. Si sarebbe potuto, per carità, aprire il lungo discorso sull'opportunità o meno di istituire un biotopo, che comunque, da un punto di vista formale, non trovava riscontro nell'esistenza di un biotopo che andasse concretamente tutelato.

In sostanza, per quanto attiene il primo punto, non solo c'è l'elenco, ma esistono circa un centinaio di biotopi regolarmente individuati con regolare vincolo definito di specifica tutela, ed il lavoro che sotto questo profilo può ancora considerarsi residuo é un lavoro decisamente marginale. La maggior parte dei biotopi che potevano essere individuati sul territorio provinciale sono stati individuati e quindi la maggior parte del lavoro é stato compiuto. Certamente anche questi aspetti marginali debbono essere espletati e completati nel migliore dei modi.

Per quanto attiene il secondo punto debbo dire che il problema dei controlli di questi biotopi rappresenta un problema in effetti delicato. Certamente non può essere l'Ufficio parchi naturali che può essere posto nelle condizioni di avere proprie guardie specifiche - una specie di corpo di guardia ambientale, per così dire - capaci di essere presenti quotidianamente sul territorio in tutte le posizioni dove esistono queste aree così particolari o questi beni naturali così preziosi da conservare e da tutelare. Si deve certamente fare riferimento alle amministrazioni comunali, che in fin dei conti debbono controllare molto bene gli interventi possibili all'interno dei biotopi. Tutto ciò che non é ammesso all'interno di queste zone deve essere colpito dall'amministrazione comunale competente in maniera precisa e tempestiva. L'organizzazione delle guardie forestali deve collaborare in maniera precisa, come accade peraltro nella gestione di questa doverosa forma di attenzione e di controllo da parte della pubblica amministrazione nei confronti dei biotopi o dei

monumenti naturali o delle altre zone e beni vincolati esistenti sul nostro territorio.

Certo che un rapporto, il più costruttivo possibile, con il mondo delle associazioni ambientaliste, deve essere considerato un aspetto assolutamente positivo, affinché questa forma di controllo e quindi di tutela sia la più realistica, la più penetrante, la più presente possibile. Da questo punto di vista in linea di principio l'idea di una collaborazione con associazioni esterne, con il mondo del volontariato, è un'idea ben presente all'interno dell'ufficio e complessivamente dell'Assessorato. Sono già stati assunti nel passato contatti con associazioni, soprattutto con associazioni giovanili, per iniziative di varia natura che avevano sullo sfondo anche questa ipotesi di presenza, controllo e cura dei biotopi. Debbo però convenire con il collega Frasnelli che, se sotto questo aspetto il secondo punto del documento presentato dal collega Meraner è indicativo di una linea di tendenza certamente condivisibile e positiva, l'accento all'individuazione particolare di singoli personaggi che potrebbero essere caricati di compiti specifici per il controllo o la vigilanza sui biotopi, mi pare un discorso forse più difficilmente accettabile. In primo luogo perché non è pensabile che la persona cui verrebbe affidato questo onere possa stare 24 ore su 24 all'interno del biotopo: vi sono dei biotopi posti in zone assolutamente decentrate ad altitudini anche elevate, nei quali un tipo di controllo di questo genere è assolutamente impossibile. Secondo perché questo tipo di presenza, che per forza di cose non potrebbe essere che presenza plurima sul territorio, con persone con caratteristiche notevolmente diverse per preparazione culturale, per sensibilità, ecc., porrebbe problemi di garanzie di omogeneità, che non sarebbero facilmente risolvibili accrescendo, anziché alleggerire, le difficoltà materiali degli uffici nel continuo impegno quotidiano a tutela e difesa di questi biotopi.

Credo che se il collega Meraner togliesse dal secondo punto questa indicazione così precisa circa l'opportunità di affidare, biotopo per biotopo, questo compito di vigilanza e di controllo ad una singola persona, l'indicazione generale potrebbe essere positivamente accolta e, da questo punto di vista, mi associo completamente alle considerazioni fatte dal collega capogruppo della SVP.

Debbo ancora dire, per quanto attiene il terzo punto, che esiste in bilancio un capitolo specifico dotato anche di sufficiente disponibilità finanziarie (circa una sessantina di milioni). E' un capitolo specifico, vetusto, risalente ad alcuni anni or sono ormai, quando in relazione alla legge sulla fauna si ritenne di dover inserire in bilancio un capitolo con queste caratteristiche proprio per garantire i finanziamenti necessari alla pura conservazione e protezione dei biotopi. In realtà successivamente, pur essendo questo capitolo rimasto in vita ed ancora presente all'interno dei nostri bilanci, si è attinto, per la generale azione amministrativa portata avanti dalla Giunta provinciale nei confronti dei compiti d'istituto legati alle funzioni di vigilanza e tutela

dei biotopi esistenti sul territorio, dal capitolo generale sulla tutela del paesaggio, che negli ultimi anni é salito da 3-400 milioni circa, quale era lo stato iniziale 4-5 anni fa, ad oltre 1 miliardo. Credo che quest'anno siamo arrivati a un miliardo e 400 milioni, ed é una dotazione direi ragguardevole.

Certamente in materia limiti piú cospicui non potrebbero che essere favorevolmente salutati dall'ufficio competente, dall'Assessorato nel suo complesso ed anche dal sottoscritto, fino a che rimarró a questa responsabilitá, nella maniera piú favorevole. Ringrazio il collega Meraner che ritiene di dover stimolare la complessiva azione politico-amministrativa della Giunta e del Consiglio, nel garantire non direi i fondi sufficienti, perché questi ci sono già, ma ulteriori dotazioni finanziarie. Certamente la sufficienza in materia é sempre raccordabile al tipo di azione e di iniziative che si vogliono assumere. Sotto questo profilo c'è da tenere presente un discorso di reperimento di ulteriori disponibilità finanziarie. Probabilmente sará opportuno prenderlo in considerazione già dal prossimo bilancio di previsione, perché con l'entrata in vigore della legge con cui abbiamo in sostanza recepito la legge Galasso, l'Amministrazione provinciale avrà la possibilitá di acquisire i terreni su cui erano stati individuati ed eretti questi biotopi o, in alternativa, la possibilitá di prendere in affittanza questi terreni.

Questo in ragione anche di una considerazione molto semplice: é certamente indiscutibilmente valido il discorso per cui aree con particolare rilevanza naturalistica debbano essere poste sotto tutela, ma il trovarsi caricati dell'onere di un vincolo di tutela che ne limita o addirittura ne impedisce l'uso rappresenta pur sempre, per il proprietario, un onere davanti al quale io credo che l'ente pubblico farebbe bene a caricarsi di una risposta responsabile e concreta. All'interno di quella legge, collega Meraner, abbiamo previsto proprio un articolo che preveda questa possibilitá di intervento, che sinora non era mai stata adoperata ed in ragione di questo tipo di apertura di discorso, secondo me importante, da seguire con giusta attenzione, si dovrá anche porre il problema di una piú attenta valutazione delle disponibilità finanziarie che nel settore andremo ad individuare nei prossimi bilanci. Questo perché il discorso della tutela dei biotopi deve cominciare ad affondare le sue radici anche in una concreta disponibilità dei proprietari dei terreni ad accettare pienamente il carico che l'imposizione dei vincoli connessi all'esistenza del biotopo a loro comporta.

Queste erano considerazioni che mi sentivo di fare, per cui concludendo, Presidente, credo di dover apprezzare il documento che il collega Meraner ha posto all'attenzione del Consiglio, anche se per quanto attiene il secondo punto lo pregherei proprio di togliere questa indicazione relativa alla opportuna individuazione di un personaggio che eserciti queste concrete funzioni di vigilanza sui biotopi, lasciando invece in piedi ed eventualmente rafforzando il discorso di un piú compiuto rapporto con l'associazionismo e con gli enti locali interessati,

come proponava il collega capogruppo della SVP. Altrimenti sarei costretto a chiedere la votazione articolata sul punto 2 e non volendo votare contro sarei costretto ad astenermi su quel punto.

PRESIDENTE: Mi sembra che ci sia un emendamento. Il Regolamento dice che deve essere accettato dal presentatore. La parola al consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir, einen Abänderungsantrag vorzuschlagen, zu Punkt 2, der dazu führen soll, daß dieses Hohe Haus möglichst geschlossen diesem Beschlußantrag zustimmen könnte. Nach Absprache mit dem Landesrat für Umweltschutz könnte dieser Abänderungsantrag wie folgt lauten: "Die Zusammenarbeit mit den Umweltschutzverbänden zwecks besseren Schutzes der Biotope ist zu verstärken." "La collaborazione con le associazioni per la tutela dell'ambiente al fine della migliore tutela dei biotopi è da intensificare". Das wäre der Vorschlag für einen Abänderungsantrag zu Punkt 2.

MERANER (FPS): Ich weiß nicht, ob ich laut Geschäftsordnung zuerst zu diesem Antrag Stellung nehmen muß oder ob ich nicht zunächst einmal auf den Rest eingehen kann oder beides zusammen.

Zunächst einmal möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß grundsätzlich niemand in diesem Hause gegen die Zielsetzung dieses Beschlußantrages ist, sondern daß es nur geringfügige Unterschiede darin gibt, wie man das Ziel am besten erreichen kann und ich möchte mich bei den Vertretern aller Fraktionen, die gesprochen haben, ausdrücklich dafür bedanken. Zwar bin ich persönlich der Meinung, Herr Landesrat, aber auch Kollege Mitolo und Kollege Frasnelli, daß die Formulierung des zweiten Punktes sehr klar ist, habe aber doch den Eindruck gewonnen, daß ich da nicht richtig verstanden worden bin. Die Umweltschützer mit denen ich gesprochen habe, für die war diese Formulierung klar und sie waren damit einverstanden. Da kann man doch nicht Mißtrauen diesen Vereinen und Verbänden gegenüber, Kollege Frasnelli, herauslesen, sondern wohl nur das Gegenteil, nämlich ein großes Vertrauen zu diesen Verbänden. Denn was sagt der zweite Punkt? Er sagt im Grunde genommen folgendes: "Um der Landesregierung die Arbeit zu erleichtern, weil dies zentral einfach nicht so möglich ist, wie es möglich sein sollte - und ich betone noch einmal, Herr Landesrat Bolognini, Sie waren nicht hier wie ich das gesagt habe - ich will mit diesen Beschlußantrag weder direkt noch indirekt der Landesregierung in irgendeiner Weise eine Rüge erteilen oder ihr in diesem Sinne Versäumnisse vorwerfen. Das war nicht meine Absicht, sondern es ist, wie ich gehört habe, unsere gemeinsame Absicht, alles zu tun, damit diese schützenswerten Güter möglichst gut, effizient, aber auch möglichst billig geschützt werden. Da glaube ich, ist die Freiwilligkeit richtig am Platze. Wenn wir die Freiwilligkeit in unserem Beschlußantrag mitaufnehmen, wenn wir die Umweltschutzverbände ersuchen, daß sie in Zusammenar-

beit mit der Landesregierung ihre Vertreter jeweils für die einzelnen Biotope ernennen, dann kann ich nicht sehen, wie man daraus ein Mißtrauen diesen Verbänden gegenüber herauslesen könnte, sondern wirklich nur ein Vertrauen. Es ist aber andererseits auch notwendig, daß sie mit der Landesregierung in Kontakt kommen, mit ihr das Generalkonzept absprechen. Es ist aber nicht gedacht, daß die Landesregierung die einzelnen Biotopenverantwortlichen ernennen sollte, sondern sie sollte einen Grundkonsens mit diesen Umweltschutzvereinen erreichen, daß gewisse Richtlinien festgelegt werden und dann sollten sie es sein, die der Landesregierung mitteilen und sagen: "Für dieses Biotop haben wir jenen Vertreter, für jenes Biotop diesen anderen Vertreter." Die Freiwilligkeit, Kollege Mitolo, ist mit einer derartigen Begeisterung von den Betroffenen aufgenommen worden, daß wir wirklich keine Sorge zu haben brauchen, daß die früher oder später auf eine Bezahlung pochen. Dann ist es auch nicht so, Herr Landesrat, das wissen Sie ja selbst genau, aber in der Hitze des Gefechtes und vielleicht auch aus Begeisterung, entschlüpfen einem manchmal Formulierungen, die man nicht ganz genau so meint. So haben Sie sicher auch nicht gemeint, daß es für den Schutz eines Biotopes notwendig ist, dieses 24 Stunden auf 24 zu überwachen. Wir wissen alle, daß dies nicht notwendig ist, wir wissen aber auch, daß es Biotope gibt, die über Jahre hindurch nicht bewacht werden, auch nicht bewacht werden können und das sollte allerdings vermieden werden. Er wird hin und wieder hingehen, sich das Biotop beobachten, er wird es sich anschauen und wird dann am Jahresende einen kurzen stichwortartigen Bericht an das betreffende Amt der Landesregierung weitergeben. Ich glaube, dies ist machbar und das wird von den Freiwilligen auch übernommen.

Würden wir aber diese Aufgabe an die Gemeinden delegieren, dann wären wir nur einen kleinen Schritt weitergekommen, dann hätten wir wiederum niemanden, der direkt dafür zuständig ist und auch das Interesse der einzelnen Gemeinden, Verwaltungen wäre sehr unterschiedlich. Wenn wir aber Freiwillige aus den direkt betroffenen Verbänden nehmen, dann glaube ich, garantieren wir am besten den Schutz der Biotope. Die Dezentralisierung also, in einer sinnvollen Weise, aber nicht so, daß wir die Aufgabe, die im Grunde genommen schon doch bei der Landesregierung liegt und auch dort bleiben soll, daß wir diese der Landesregierung wegnehmen möchten, sondern die materielle Tätigkeit delegieren, die gesetzgeberische Tätigkeit, den großen Rahmen setzen und die Koordinierung bei der Landesregierung belassen. Dies ist der Zweck des zweiten Absatzes.

Das Land - und das ist ein Einwand vom Herrn Landesrat, den ich absolut akzeptiere -, daß es in der Anfangsphase möglich sein könnte, daß wir verschiedenartig ausgebildete Leute als Biotopenschützer hätten, daß also möglicherweise nicht überall am Anfang dieselben Kriterien angewandt würden, das wäre sicher ein Mangel der am Anfang auftreten würde, davon bin ich auch überzeugt. Aber diesem Mangel könnte man stufenweise entgegentreten, indem das Land, nachdem es seine Erfahrung damit gemacht hat, für diese Biotopenbeauftragten Kurse organisiert, um sie noch besser

auszubilden und um eine Vereinheitlichung der Kriterien herbeizuführen. Ich will das jetzt nicht offiziell diesem Beschlußantrag anfügen, sondern nur als Anregung in diesem Kontext sehen. Hier wäre auch eine wichtige Aufgabe der Landesregierung zu sehen.

Der Herr Landesrat hat gesagt, das Geld genügt zwar, aber natürlich hat man nie genug Geld, denn es kommt darauf an, was man macht. Genauso habe ich es auch gemeint. Sollte sich im Zuge der Durchführung eines besseren Biotopenschutzes ergeben, daß man dazu zusätzliche Geldmittel braucht, auch im Hinblick auf die Entschädigung der Grundstücksbesitzer, dann soll der Landtag die Landesregierung verpflichten, daß sie auch die entsprechenden Geldmittel im Haushalt vorsieht.

Was den Abänderungsantrag des Kollegen Frasnelli betrifft, muß ich sagen, daß dieser schon auch eine gewisse Berechtigung hat, aber gehen tut es halt darum: Ich glaube, daß wir die Biotope wirklich nur dann für die Zukunft wirksam schützen können, wenn jedes Biotop seinen Biotopenschützer hat. Wenn wir uns auf eine allgemeine Formulierung herabgeben, die heißt, es soll in diesem Bereich die Anstrengung verstärkt werden, dann ist das halt doch eine ganz beträchtliche Abschwächung dieses Ziels. Sollte es aber anders nicht möglich sein, dann werde ich dem zwar zustimmen müssen, möchte aber ausdrücklich erklären und bitten, daß dies im Protokoll wörtlich aufgenommen wird, daß ich meine Fassung für die wesentlich bessere halte, weil wir dann unmittelbar Biotopenschützer hinschicken, die das Biotop schützen, die das Biotop beobachten, die Vorschläge ausarbeiten, während wir mit der Formulierung der Fraktion der Südtiroler Volkspartei nur grundsätzlich den Willen äußern, die Biotope in Zusammenarbeit mit den Umweltschutzverbänden besser zu schützen, aber noch keinen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt haben. Ich erachte diesen Vorschlag als den weniger guten, aber die Mehrheiten im Hause sind wie sie eben sind und so werde ich mich gegen meine eigene Überzeugung dem Vorschlag beugen, damit wenigstens im Grundsatz hier ein Beschluß gefaßt wird, damit die Biotope für die Zukunft besser geschützt werden können. Ich komme zum letzten Satz, verbunden mit der Bitte an die Landesregierung, daß sie diese Grundsätze, die dann festgelegt werden, in dem Sinne versteht, daß nicht von der Landesregierung aus einfach versucht wird, die Tätigkeit zu verstärken und mehr Geld auszugeben, sondern daß man tatsächlich die einzelnen Personen dieser Umweltschutzverbände ganz konkret im Biotopenschutz stärker einsetzen möge. Dankeschön.

PRESIDENTE: Se ho capito bene non c'è opposizione sull'emendamento.

Dó lettura dell'emendamento presentato dai consiglieri Frasnelli e Franzelin: "Il punto 2 é sostituito come segue: "La collaborazione con le associazioni per la tutela dell'ambiente al fine della migliore tutela dei biotopi é da intensificare".

Punkt 2 wird ersetzt durch folgenden Wortlaut: "Die Zusammenarbeit mit den Umweltschutzverbänden zwecks besseren Schutzes der Biotope ist zu verstärken".

Chi chiede la parola sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimitá.

Mettiamo in votazione nel suo complesso la mozione: approvata all'unanimitá.

Passiamo all'interrogazione n. 721/88 del 24.3.1988, presentata dal consigliere Meraner.

Prima di dare lettura all'interrogazione la parola all'assessore Ferretti sull'ordine dei lavori.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Io ho dato una risposta scritta, perché sono stato invitato per iscritto. Non é né corretto né conforme alle procedure che dopo che il consigliere ha in mano già la risposta scritta possa compiere l'illustrazione, io debba dare la risposta e si avii un dibattito in cui i termini sono noti. O la Presidenza ha sbagliato, oppure ci si dica chiaramente che quando la risposta scritta é richiesta dalla Presidenza e non dal consigliere possiamo anche non dare la risposta scritta. Io sono stato sollecitato anche ieri dal Vicepresidente Peterlini a dare risposte scritte ad interrogazioni che non volevano risposta scritta. Altrimenti qui instauriamo un sistema doppio dove tutto sommato chi ce ne scapita é l'amministratore e non il consigliere, perché rende noti dei termini in anteprima su cui sono certo al 100% - sto dicendo questo nel caso in cui al consigliere Meraner venisse data la parola - che quando lui rientrerá, appena avrá la parola non interverrá piú per illustrare l'interrogazione, ma per stigmatizzare, se lo riterrá, e non lo so, la mia risposta.

Questo non é una procedura conforme. Veda Lei, Presidente. Io non voglio dare le risposte due volte. Le dó volentieri in Consiglio, se richiesto le dó per iscritto, ma non per iscritto e poi anche in Consiglio.

PRESIDENTE: Effettivamente noi alla fine dell'estate abbiamo detto che solleciteremo tutti gli Assessori a rispondere per iscritto.

La parola al consigliere Klotz sul Regolamento.

KLOTZ (SHB): Zur Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang. Es steht auf Seite 71 dieser Geschäftsordnung unter dem allgemeinen Teil im ersten Abschnitt, und zwar vor den detaillierten Bestimmungen über Anfragen und Interpellationen, ganz klar unter Punkt 2: "Es steht den Einbringern frei, den Inhalt der Anfragen und Interpellationen bei einer Redezeit von höchstens 5 Minuten sowie den Inhalt von Beschlüßanträgen usw. zu erläutern. Der Fragesteller kann auf die Antwort der Anfrage oder zur Interpellation erwidern oder erklären, ob er zufriedengestellt ist oder nicht. Hierzu stehen ihm 5 Minuten zur Verfügung." Also, das ist der Vorspann zu den übrigen Bestimmungen. Ich halte es aus diesem Grunde schon für kohärent, wenn der Abgeordnete in einem solchen Fall die Möglichkeit noch hat, denn er hatte ja ursprünglich eine mündliche Anfrage gewollt. Die Anfrage ist dann schriftlich beantwortet worden, aus den bekannten

Gründen, aber mir scheint, wenn das hier vorgesehen ist, dann muß diese Möglichkeit gegeben sein. Denn dann erst kommen die Bestimmungen über die mündlichen und die schriftlichen Anfragen.

PRESIDENTE: Allora evitiamo la lettura dell'interrogazione. Lei ha la risposta dell'Assessore. Le diamo cinque minuti per la replica, commentando la risposta che ha avuto dall'Assessore.

La parola al consigliere Tribus.

TRIBUS (AS): Zur Geschäftsordnung. Signor Presidente, rispettiamo il Regolamento.

PRESIDENTE: Gli altri anni hanno sempre accettato le risposte scritte. L'anno scorso avete fatto così.

TRIBUS (AS): Se io chiedo risposta scritta ce l'ho scritta, se la chiedo orale la voglio orale. Se poi ad esempio per questioni di tempo Lei o chi per lei chiede all'Assessore di rispondere per iscritto, affari suoi, ma io se ho chiesto la risposta orale la voglio orale. Il collega Meraner, secondo me, ha il diritto di avere la risposta orale che ha chiesto. Se Lei o chi per lei ha chiesto all'assessore Ferretti e ad altri di dare quella scritta sono affari vostri.

PRESIDENTE: Su mandato del Consiglio.

TRIBUS (AS): Sí, va benissimo, però il diritto é dalla sua parte, per cui lui deve avere la risposta orale che ha richiesto.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Ferretti sull'ordine dei lavori.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Lei, signor Presidente, ha dato proprio adesso la risposta che io volevo, ma l'ha data implicitamente e non esplicitamente.

Se io ho risposto per iscritto ad una richiesta del Presidente, il quale me l'ha rivolta su mandato del Consiglio, non so in quale forma Lei abbia raccolto il mandato. Io non risponderó all'interrogazione, ma Lei ha richiesto a me e ai colleghi una risposta scritta in quanto ne aveva avuto la richiesta. Qui non possiamo giocare con le opinioni che in agosto va bene rispondere per iscritto perché non c'è Consiglio e così dó materiale, e in settembre si risponde oralmente perché c'è Consiglio e così hanno altro materiale. Sia chiaro che non faccio il caso di Meraner, ma una questione di principio.

Se Lei, Presidente, riconferma che ha avuto la richiesta di rivolgerci la proposta di rispondere per iscritto io non daró risposta, per-

ché non sto a questo gioco, dove sostanzialmente siamo in una posizione svantaggiata. Desidererei operare nella chiarezza.

PRESIDENTE: Io ricordo, se questo può chiarire, che quando ci siamo lasciati abbiamo detto che terremo due sedute in settembre per trattare le interrogazioni e le mozioni. Nel frattempo mi ero fatto carico di rivolgermi a tutti gli Assessori perché dessero le risposte scritte. Io dissi questo. E' evidente però che qualche consigliere può anche non essere soddisfatto della risposta scritta, ma è una prassi che gli altri anni è stata accettata, anche l'anno scorso, no? Il consigliere Meraner mi sta dicendo di no, neanche l'anno scorso.

La parola al consigliere Meraner sul Regolamento.

MERANER (FPS): Herr Präsident, Herr Landesrat Ferretti! Ich kann Ihren Groll, Herr Landesrat Ferretti, verstehen, aber ich bin genauso unschuldig daran, wie Sie selbst, denn ich habe nicht gewollt, daß Sie mir zuerst die schriftlichen Unterlagen schicken, damit ich in irgendeiner Weise bevorteilt werde und Sie benachteiligt werden, das war nicht meine Absicht, sondern wir sind befragt worden und ich habe ganz klar gesagt, das gilt ein für allemal, man braucht mich überhaupt nicht mehr befragen, wenn ich eine Beantwortung schriftlich wünsche, dann will ich sie schriftlich und wenn ich eine Beantwortung in mündlicher Form wünsche, dann will ich sie mündlich, sonst werde ich sie von mir aus noch abändern. Aber man braucht mich überhaupt nicht mehr darum zu befragen, das habe ich sehr sehr deutlich schon früher gesagt. Mich trifft da wirklich keine Schuld und ich muß deshalb im Sinne der Geschäftsordnung darauf bestehen, daß mir eine mündliche Antwort auf diese Anfrage gegeben wird. Aber wenn der Kollege Ferretti im Augenblick die Unterlagen nicht bei sich haben sollte, dann bin ich einverstanden, daß dies auch bei der nächsten Gelegenheit geschieht. Das könnte ja der Fall sein und darauf würde ich gerne Rücksicht nehmen.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Sul Regolamento, signor Presidente. Bisogna capire le cose a monte come stanno, lo dico per evitare la ripetizione di questi episodi forse non troppo piacevoli. Per prima cosa questo dipende dall'eccessivo ritardo accumulato nel rispondere alle interrogazioni ed alle interpellanze.

Secondo, l'intenzione è buona, in quanto concordata con i presentatori di interrogazioni e di interpellanze. La richiesta o la soluzione subordinata di una risposta scritta è dovuta ancora una volta al fatto che non si riesce a trattarle in aula. Il problema è ancora semplice e di questa natura: se il presentatore di un'interrogazione o di una interpellanza condivide una risposta scritta, l'Assessore interessato lo faccia e se non la condivide pazienza. Poco fa l'assessore Saurer era disposto a rispondermi su di una interrogazione; gli ho detto che va bene

quella scritta e non l'abbiamo trattata in quanto noi condividiamo questo.

Non c'è dubbio che se noi preferiamo trattare in aula un'interrogazione, questa richiesta deve essere esaudita. Certo, quando ci sono dozzine di interrogazioni e di interpellanze non trattate, a monte c'è il problema di come smaltirle. Mi pare che l'intenzione del Presidente sia comprensibile e d'altronde dichiarata anche in Consiglio. Se però non coincide con i desideri di un collega si tratta solamente di chiarire le questioni.

PRESIDENTE: Allora illustri la sua interrogazione e poi l'Assessore le risponderà. Prego? Ne dó lettura?

MERANER (FPS): Wir müssen die Anfrage vorlesen und ich glaube, sie ist so klar, daß ich sie gar nicht erläutern brauche. Ich erkläre also von vorneherein, daß ich sie nicht erläutern werde, außer der Landesrat wünscht es, was ich nicht glaube.

PRESIDENTE: Allora dó lettura dell'interrogazione n. 721/88:

Il sottoscritto consigliere provinciale Gerold Meraner desidera far presente che diverse organizzazioni stanno cercando ormai da tempo di alleggerire i portafogli degli operatori economici, senza offrire un'equa contropartita. All'uopo le "ditte" in questione, tutt'altro che serie, si presentano in maniera tale da dare l'impressione che si tratti di uffici pubblici e che gli importi richiesti vadano versati obbligatoriamente. Chi non paga immediatamente, viene sollecitato con molta decisione a mezzo raccomandata. Numerosi operatori economici si fanno imbrogliare e pagano, convinti che diversamente incorrerebbero in sanzioni. In realtà non sarebbero affatto tenuti a pagare il denaro richiesto.

Il sottoscritto si permette di allegare in fotocopia un'ingiunzione di pagamento, inviata anche ad altri, da parte del "Repertorio anagrafico delle Ditte".

Un tanto premesso, il sottoscritto interroga la Giunta provinciale per conoscere:

- 1) se la Giunta provinciale è informata dell'esistenza di siffatte ditte quanto meno sospette, che praticano il dubbioso tipo di attività sopra descritto;
- 2) se alla Giunta provinciale risulta per quali vie le organizzazioni in questione ricevano le informazioni occorrenti per le loro manovre;
- 3) se la Giunta provinciale ritiene opportuno e possibile provvedere, in collaborazione con la Camera di Commercio e con le associazioni di categoria, alla predisposizione di un elenco delle ominoze ditte e tutelare gli operatori economici da siffatte manovre tutt'altro che serie, mediante adeguate iniziative di informazione;

4) se la Giunta provinciale vede la possibilità di indurre il Parlamento a Roma a provvedere al varo di misure legislative atte ad ovviare agli abusi sopra descritti.

Si chiede una tempestiva risposta alle domande sopra riportate.

Der unterfertigte L.Abg. Gerold Meraner möchte darauf hinweisen, daß verschiedene Organisationen seit geraumer Zeit versuchen, den Wirtschaftstreibenden in ungerechtfertigter Weise das Geld aus der Tasche zu ziehen, ohne dafür eine angemessene Gegenleistung zu erbringen. Dabei erwecken diese unseriösen "Firmen" in der Regel den Eindruck, daß es sich um öffentliche Ämter handelt und daß die geforderten Geldbeträge bezahlt werden müssen. Wer nicht auf Anhieb zahlt, wird nochmals sehr deutlich mit eingeschriebenem Brief gemahnt. Viele Wirtschaftstreibende lassen sich täuschen und zahlen, weil sie meinen, daß sie ansonsten Strafen zu erwarten haben. In Wirklichkeit wären sie überhaupt nicht verpflichtet, die geforderten Beträge zu zahlen.

Stellvertretend für andere erlaubt sich der Unterfertigte die Ablichtung einer solchen Zahlungsaufforderung von seiten des "Repertorio Anagrafico delle Ditte" beizulegen.

Dies vorausgeschickt erlaubt sich der Unterfertigte, folgende Fragen an die Landesregierung zu richten:

1. Ist der Südtiroler Landesregierung bekannt, daß derartige ominöse Firmen mit den oben geschilderten zweifelhaften Praktiken beatehen?
2. Weiß die Südtiroler Landesregierung, auf welchem Wege diese Organisationen die für ihre Machenschaften notwendigen Informationen bekommen?
3. Würde es die Südtiroler Landesregierung für sinnvoll und möglich halten, in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und den Interessenverbänden eine Auflistung dieser ominösen Firmen zu erstellen und die Wirtschaftstreibenden durch entsprechende Information vor derartigen unseriösen Praktiken zu schützen?
4. Sieht die Landesregierung die Möglichkeit, über das Parlament in Rom gesetzliche Maßnahmen zu erwirken, um die geschilderten Mißstände zu beheben?

Es wird um eine zeitgerechte Beantwortung dieser Fragen ersucht.

Il consigliere Meraner ha già dichiarato di rinunciare all'illustrazione. La parola all'assessore Ferretti.

FERRETTI (DC): Io preferisco che venga fatta l'illustrazione.

PRESIDENTE: Il consigliere Meraner ha detto che l'interrogazione é così chiara che non occorre l'illustrazione.

FERRETTI (DC): Questo lo valuti il collega. Io preferirei avere l'illustrazione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Meraner per l'illustrazione.

MERANER (FPS): Es ist mir unbegreiflich, daß dem Herrn Landesrat jetzt die Anfrage so unklar ist, daß er sie...

FERRETTI (DC): (Interrompe)

MERANER (FPS): Laut Geschäftsordnung kann ich das tun, ich kann aber darauf verzichten. Aber wenn es der Landesrat wünscht, dann tu ich es sehr gerne.

Es geht um folgende Praxis, daß Leute, die bei der Handelskammer um Handelslizenzen bzw. um Eintragungen ins Handelsregister ansuchen, um Eintragungen ins Register der Vertreter usw. ansuchen, die bekommen dann wenige Tage später in der Regel einen Brief von verschiedenen Ämtern - es sind verschiedene Stellen, ich habe eine davon beigelegt, in der Regel kommen sie aus Rom, soweit ich weiß -, alle auf Formularen, die so gestaltet sind, daß man auf Anhieb den Eindruck gewinnen muß, es würde sich um ein amtliches Formular handeln. In Wirklichkeit ist der Text auch in einer Form geschrieben, daß man ebenfalls den Eindruck gewinnen muß, es handle sich um ein zuständiges Amt, das die betreffende Person darauf aufmerksam macht, daß sie einen gewissen Betrag schuldet. Erst wenn man sich den Text ein paar Mal und ganz genau durchliest, dann kann man allerdings wahrscheinlich bei einer entsprechenden juristischen Vorbereitung schon draufkommen, daß das nicht ganz sicher ist. Und dann kann man bei der Handelskammer anrufen und bekommt sofort die Antwort: "Schmeißen Sie das alles in den Papierkorb, das ist alles nur ein Schwindel, Sie brauchen diesen Betrag überhaupt nicht zu bezahlen." Wenige Tage später allerdings kommt ein zweites eigeschriebenes Schreiben, in einem schon eher arroganten und fast bedrohlichen Ton, daß man doch diesen Betrag einzahlen muß, den man gar nicht schuldig ist. Es ist mir von der Handelskammer mitgeteilt worden, daß solche Firmen Milliardenumsätze im Jahr machen, für eine Leistung, die sie effektiv nicht erbringen, denn das betroffene Opfer bezahlt den Betrag und hat in Wirklichkeit überhaupt nichts davon. Damit das aber nicht vom Gesetzgeber her als tatsächlicher Betrug geahndet werden kann, drucken diese Listen und Bücher, in denen man auch abgedruckt wird, von denen man überhaupt nichts hat, ich selbst habe noch keine einzige Liste gesehen, aber die Handelskammer hat mir in glaubwürdiger Weise erklärt, daß es diese tatsächlich irgendwo gibt, und damit schützen sie sich in einer zwielfichtigen Art und Weise davor, daß sie vom Gesetzgeber her tatsächlich als Betrüger bestraft werden können, aber in Wirklichkeit sind sie in irgendeiner Form Betrüger, denn sie nehmen jemandem Geld ab, der nur nicht draufgekommen ist, daß er es nicht unbedingt zahlen muß.

Eine Frage, die ich gestellt habe, ist inzwischen klargeworden, Herr Landesrat, von wo sie die Daten hernehmen. Die haben sich die Frechheit genommen, ihre Computeranlagen, ihre Terminals an die Datenbanken

der Handelskammer anzuschließen. Da muß ich mich schon einmal fragen, Herr Landesrat, wenn ich von einer Gemeindeverwaltung in Südtirol die Adressen der Familienoberhäupter haben möchte, dann gibt es einzelne Gemeinden - nicht alle -, die sagen, das ist aufgrund des Datenschutzes nicht möglich. Ist das aber keine Verletzung des Datenschutzes, wenn sich private Firmen zwecks materiellen Nutzens direkt an die Datenbank der Handelskammer anschließen? Ob wir da nicht die Möglichkeit haben, dagegen etwas zu tun. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang freilich auch die Frage, ob die Handelskammer dies, was in der letzten Zeitung des "Alto Adige" abgedruckt ist, in der "Alto Adige" vom Freitag oder Samstag, wo die Handelskammer drauf hinweist, daß bestimmte Beträge einzuzahlen sind und im Zusammenhang darauf hinweist, daß aber an solche Phantasmenfirmen die Beträge nicht bezahlt werden müssen, warum die Handelskammer nicht jedem einzelnen, der in ein solches Register eingetragen wird, gleichzeitig mit den betreffenden Papieren auch den Hinweis aushändigt. Wenn sie von einer anderen Firma aufgefordert werden, einen bestimmten Betrag einzuzahlen, sollen sie wissen, daß dieser rein freiwilliger Natur ist und daß sie nicht dazu verpflichtet sind. Warum kommt dies alles nicht zustande? Ist man so dumm oder will man es nicht?

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Signor Presidente, a mio avviso l'illustrazione é stata ulteriormente illuminante. Il collega pone un problema che ne ha dietro un altro che é grosso, ed é un problema che in altri Paesi fa molto discutere e dibattere, vedi la Germania, gli Stati Uniti o i Paesi scandinavi. E' quello riguardante le banche dati di coloro che possiedono indirizzi in un modo o nell'altro piú o meno ufficiali e dati che riguardano persone individui o persone giuridiche e li mettono a disposizione sapendo anche con chi hanno a che fare. Ha detto bene il collega Meraner; spesso dietro questo discorso di invio di bollettini, di questionari piú o meno artefatti, c'è un discorso di carattere generale, di ordine psicologico comportamentale attraverso il quale dite "votate alla parola", cercano di individuare forme apparentemente corrette per coinvolgere, ingannare e condizionare concittadini e quindi spillare, spremere da loro denaro per adesione a questa o a quella iniziativa, a questa o a quella associazione o per dare risposte apparentemente attinenti con la loro condizione professionale.

Il problema fondamentale é questo. Quando si muovono in questo modo aziende di carattere nazionale o internazionale con fior di legali e di banche dati che sanno a quali persone i comportamenti per gli interessi, per le attività che svolgono si rivolgono, sanno anche quali metodologie di carattere, vorrei dire - mi si lasci passare lo strafalcione - psicanalitico-comportamentale. Sanno attraverso quali metodi raggiungere determinati obiettivi.

Lei ha già avuto la risposta e quindi sa che io condivido perfettamente quello che Lei ha detto, e si sa che nel mare di proposta che fanno

anche se rastrellano un 8 o un 10% rastrellano comunque denaro, adesioni e condizionamenti. Questa é la veritá e non solo questa, perché ottengono anche un altro risultato e cioè quello di arricchire ulteriormente i loro archivi, le loro banche dati con dati che oggi sono facilmente accumulabili attraverso i computer e l'informatica, in generale ulteriori processi di condizionamento e di inganno.

Quando Lei ha denunciato questo episodio che ci era noto anche se non in questa macroscopicità, abbiamo provveduto ad informare in via discorsiva. Oggi ho voluto dopo che si era chiarito che non era servito a niente sollevare il mio problema, e diró anche qualche cosa su questo, sul fatto che Lei ne parlasse, perché attraverso l'ampliamento che può derivare dal Consiglio provinciale con l'attenzione che ci possono dedicare anche gli organi di informazione, vorrei che l'opinione pubblica venisse informata ancora di più. Con le interrogazioni normalmente accade così. Quando il consigliere D'Ambrosio mi interroga su che cosa é successo per le licenze che ancora non ho deciso, inducendomi in una sorta di condizionamento con un'attenzione che dovrebbe essere preventiva, ma non così tempestiva, il giornale fa un articolo così. Quando invece al collega D'Ambrosio Ferretti risponde, il giornale o non scrive niente o mette a pie' di pagina. Dico D'Ambrosio, perché é uno degli ultimi episodi di tempestività interrogativa di carattere strumentale, ma così può accadere per altri consiglieri che fanno un'interrogazione: va sul giornale, ma quello che si risponde, che viene dibattuto specialmente se inframezzato in un Consiglio provinciale che ha tante altre cose da trattare, non viene più riconsiderato ed io voglio che invece lo sia, perché se qui deve essere dibattuto é giusto che le opinioni vengano compiutamente completamente espresse da Lei ed anche da me.

Presidente Boesso, Le dico pubblicamente che non risponderó mai più per iscritto se non é il consigliere ad ammettere che vuole la risposta scritta. Capisco le buone intenzioni e la mia é solo una constatazione, ma non possiamo lavorare tre volte. Spesso tra l'altro le interrogazioni date oralmente sono anche più creative e dinamiche di quelle date per iscritto. Dovendo scrivere si sta attenti ai punti ed alle virgole.

D'AMBROSIO (PCI): (Interrompe)

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Sto proprio dicendo questo in quanto non si sa che uso ne fará il collega che riceve la risposta scritta. Vogliamo essere certissimi e sicuri che quanto viene scritto corrisponde. Parlando invece può essere che, anche per sollecitare l'attenzione e per promuovere un dibattito, si introducano degli elementi attraverso i quali arricchire l'interrogazione che come in questo caso può colpire la buona fede di concittadini già impegnati nel settore imprenditoriale di prima persona, magari anche esposti. Lei sa già quello che abbiamo fatto e quello che ancora vo-

gliamo fare. Credo che essendoci aiutati reciprocamente per sollevare la questione dovremmo ottenere un risultato di maggior attenzione.

Consigliere Meraner, questo vuole anche dire che quando noi chiediamo gli esami per i quali noi veniamo tanto criticati, quelli per fare i commercianti o gli artigiani non chiediamo solo che uno sappia fare un buon mobile, ma chiediamo che sappia leggere le leggi, sappia fare una domanda, sappia seguire la realtà commerciale non solo per l'aspetto imprenditoriale ed artigianale, ma anche per gli aspetti burocratici. Quando facciamo queste cose siamo nel giusto, perché vogliamo una consapevolezza sempre maggiore dei nostri concittadini, che non si facciano ingannare dalle apparenze, che non si facciano prendere la mano da qualcuno che presenta carteggi non conformi. E' un richiamo in questo senso che ognuno di noi può fare alla vigilanza che potrebbe ulteriormente aiutare.

MERANER (FPS): Ich möchte mich beim Herrn Landesrat Ferretti für die Antwort bedanken und erkläre mich damit zufrieden. Ich kopple die Bitte daran, daß er keine Anstrengung unterlassen möge, um diesen zwicklichten Firmen zusammen mit anderen Organisationen das Handwerk zu legen.

PRESIDENTE: Prima di passare alla mozione n. 91/88 del consigliere Meraner, do alcune comunicazioni.

Oggi nel pomeriggio non ci sarà seduta di Consiglio provinciale. Venerdì prossimo non ci sarà Consiglio provinciale tutto il giorno, perché i Presidenti delle Commissioni, in particolar modo quelli della II Commissione, hanno delle esigenze di lavoro in Commissione. Domani verrà messo a disposizione dei signori consiglieri, al personale della stampa ed al seguito delle persone che presenzieranno in occasione della presenza del Capo dello Stato tutto il parco, quello del palazzo n. 3 per le automobili che questa notte verrà tenuto chiuso. Il piazzale davanti all'ingresso del nostro palazzo deve essere assolutamente sgombero per norme di sicurezza.

Domani i signori consiglieri sono pregati di sedersi in prima fila. La Giunta e l'Ufficio di Presidenza siederanno al loro tradizionale posto. Il Capo dello Stato con il Ministro ed il sottosegretario, il Commissario del Comune, il Presidente della Giunta regionale ed il Presidente del Consiglio regionale si siederanno di fronte al Presidente Magnago.

Una ulteriore raccomandazione. Il Capo dello Stato sarà qui alle 11.45 e non alle 12, perché c'è stato un anticipo nel programma di 15 minuti. Pertanto, se andate a vedere la Fiera o se siete al Castel Mareccio dovete essere di ritorno per le 11.30. Confido su di una Vostra attenta osservanza e puntualità delle disposizioni.

Passiamo ora al punto 9) dell'ordine del giorno: "Mozione n. 91/88 del 7.1.1988, presentata dal consigliere Meraner, concernente criteri per il rilascio di licenze commerciali".

Punkt 9 der Tagesordnung: "Beschlüßantrag Nr. 91/88 vom 7.1.1988, eingebracht durch den Abgeordneten Meraner, betreffend Kriterien für die Vergabe von Handelslizenzen".

Dó lettura della mozione:

E' generalmente risaputo che in Sudtirolo sono troppo pochi i giovani che sono disposti a rendersi indipendenti. I motivi di questo deplorabile fatto sono molteplici e complessi. Ai nostri giovani concittadini non manca lo spirito d'iniziativa e la disponibilità di correre rischi. Spesso vengono intimoriti da una prassi burocratica troppo farraginosa, spesso vessatoria e da ostacoli irrazionali. Uno di questi ostacoli nel settore del commercio va senza dubbio ricondotto al fatto, che a molti aspiranti imprenditori non viene rilasciata la licenza commerciale, essendo quest'ultima già stata rilasciata. I piani commerciali e i criteri per il rilascio di licenze commerciali fanno in particolar modo riferimento alle cosiddette tabelle merceologiche. Al riguardo fa fatto presente che per ogni tabella merceologica in un determinato settore può venire rilasciato solamente un determinato numero di licenze commerciali.

Queste tabelle merceologiche includono però in parte molti articoli di vario tipo, di cui il titolare di licenza spesso mette in vendita solamente una piccola parte. Quando un aspirante imprenditore presenta domanda per ottenere la licenza commerciale per articoli che attuali titolari di licenza non tengono, la risposta è negativa, essendo la licenza bloccata da colui che non tiene gli articoli di cui trattasi.

Pertanto è assolutamente necessario modificare in modo appropriato le attuali tabelle merceologiche, in modo da creare più ordine nel settore commerciale e aprire così nuove possibilità per i giovani imprenditori.

Per dette ragioni il Consiglio provinciale impegna la Giunta provinciale a modificare, in collaborazione con tutti i rappresentanti di categoria, le tabelle merceologiche entro un periodo di tempo ragionevole, e in ogni caso entro quest'anno, in modo tale che vengano salvaguardati gli interessi legittimi dei consumatori e delle imprese commerciali da una parte e che dall'altra però venga così creata la possibilità di garantire ai giovani imprenditori nel settore del commercio ulteriori fonti di sostentamento esistente.

Le colleghe e i colleghi del Consiglio provinciale sono pregati di volere votare a favore di questa mozione.

Es ist allgemein bekannt, daß in Südtirol zu wenig junge Leute bereit sind selbständig zu werden. Die Gründe für diese bedauerliche Tatsache sind vielfältig und vielschichtig. Unseren jungen Mitmenschen fehlt es nicht an

Initiative und Risikobereitschaft. Sie werden häufig abgeschreckt von Übertriebenen, oft schikanöser Bürokratie und unvernünftigen Barrieren. Eines dieser Hemmnisse im Bereich des Handels ist zweifellos die Tatsache, daß viele Anwärter keine Handelslizenz bekommen, weil diese bereits vergeben sind. Die Handelspläne und die Kriterien für die Vergabe von Handelslizenzen nehmen insbesondere auf die sogenannten Warenlisten Bezug, wobei festgelegt ist, wie viele Handelslizenzen in einem bestimmten Gebiet nur eine bestimmte Anzahl von Handelslizenzen ausgegeben werden darf.

Diese Warenlisten erfassen aber zum Teil sehr viele verschiedene Waren, von denen der Lizenzinhaber oft nur einen geringen Teil zum Verkauf anbietet. Wenn ein angehender Unternehmer um eine Handelslizenz für Waren ansucht, die von bestehenden Lizenzinhabern gar nicht geführt werden, kann er diese nicht bekommen, weil diese von jemanden blockiert wird, der die betreffenden Waren gar nicht führt.

Es ist deshalb dringend notwendig, die bestehenden Warenlisten vernünftig abzuändern, damit etwas mehr Ordnung in den Bereich des Handels gebracht wird und neue Möglichkeiten für junge Unternehmer geschaffen werden.

Aus diesen Gründen verpflichtet der Südtiroler Landtag die Südtiroler Landesregierung innerhalb eines vernünftigen Zeitraumes aber jedenfalls innerhalb dieses Jahres in Zusammenarbeit mit allen Interessenvertretern die Warenlisten so abzuändern, daß die legitimen Interessen der Konsumenten und der bestehenden Handelsbetriebe einerseits gewahrt werden, andererseits aber auch die Möglichkeit geschaffen wird zusätzlich Existenzen für junge Unternehmer im Bereich des Handels zu schaffen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag werden ersucht diesem Beschlußantrag zuzustimmen.

C'è da fare una modifica tecnica nella dizione italiana, cioè: "...la licenza commerciale, essendo quest'ultima già esaurita."
La parola al consigliere Meraner per l'illustrazione.

MERANER (FPS): Herr Präsident! Wie üblich werde ich versuchen, sehr kurz zu sein. Es geht ganz einfach darum, daß wir einen Blick in die Zukunft unseres Landes werfen, denn dies ist die Aufgabe der Politiker, zusammen mit der sozialen Realität in unserem Lande, die Zukunft zu gestalten. In diesem zwar kleineren, aber doch sehr wichtigen Bereich, heißt das im Klartext, daß wir für die Zukunft Arbeitsplätze schaffen wollen, die nicht mit Steuergeldern bezahlt werden müssen. Wir brauchen ein ausreichendes, junges, dynamisches Unternehmertum in unserem Lande, wenn wir für die Zukunft die Arbeitsplätze für unsere Jugend im Lande garantieren wollen. Nun ist es freilich so, daß viele Kompetenzen in diesem Bereiche nicht beim Land, sondern beim Staat liegen, aber dort wo wir Möglichkeiten haben, sollten wir sie ausschöpfen, insbesondere dann, wenn dies nicht mit der Stanzierung von besonders vielen Geldmitteln verbunden ist. Ich persönlich bin der Meinung, mit Unmengen Geld kann man fast al-

les machen, aber man sollte auch einmal darüber nachdenken, wie kann man Dinge besser machen, ohne daß man ständig viel mehr Geld ausgeben muß.

Die Handelspläne, die sowohl von den Konsumenten als auch von den Handelstreibenden selbst mit einem lachenden und einem tränenden Auge gesehen werden müssen, weil sie ein sehr merkwürdiges Gemisch zwischen kollektivistischer Wirtschaft und freiem Markt darstellen. Aber diese Handelspläne sind nun einmal von den Gemeinden zu erstellen. Sie sind nach unklaren Kriterien erstellt worden. Das Tragische an diesen Handelsplänen ist nur, daß sie ohne Durchführungsbestimmungen erlassen worden sind. Während man im Bereich des geförderten Wohnbaues beispielsweise oder der Ausweisung der bebaubaren Flächen in den Bauleitplänen, daß man dort Durchführungsbestimmungen vorgesehen hat und sagt, es werden drei Hektar Bauland ausgewiesen, aber ein halber Hektar wird bis zu diesem Zeitpunkt verbaut, ein weiterer Hektar bis zu diesem Zeitpunkt verbaut usw., so fehlen diese Durchführungsbestimmungen in den Handelsplänen völlig, und das hat zur Folge, daß in den Handelsplänen - ich möchte nicht so genau ins Detail eingehen, weil sich wahrscheinlich nicht alle Kolleginnen und Kollegen so genau mit diesem Bereich befaßt haben wie ich und ihnen z.B. kontingentierte Warenlisten wahrscheinlich nichts sagen, aber ich möchte nur das Grundproblem aufgreifen, das darin besteht, daß man beispielsweise festlegt, für diese Warenliste sind in dieser oder jener Gemeinde oder in dieser oder jener Zone einer Gemeinde noch eine oder drei oder soundso viel Handelslizenzen für die nächsten drei Jahre möglich. Bei den kontingentierten Warenlisten wird noch dazugeschrieben, soviel Quadratmeter für diese Warenliste können neu erstellt werden, soundso viel Quadratmeter können für bereits bestehende Lizenzen als Erweiterung noch dazugegeben werden. Da braucht man nicht so klug zu sein, wie z.B. ein bestimmter Herr Podini, der den meisten im Lande ja bekannt ist, daß man sich dieses Amtsblatt besorgt, in dem dieser Handelsplan abgedruckt ist, um festzustellen, in der Gemeinde X gibt es noch die Lizenzen für die Warenliste 1, 4, 3, 6 und zwar für Neuerstellung der Lizenzen jeweils 85 qm, 91 qm, 130 qm, für bereits bestehende 17 qm, es gibt auch solche mit 4 qm lächerlicherweise usw. Noch ehe die Gemeindeverwaltung selbst in den Besitz dieses Amtsblattes kommt, schon einige Tage vorher flattert der Gemeinde ein Ansuchen auf den Tisch, in dem ein gewisser, klügerer Kopf - man kann es ihm ja nicht vorwerfen, wenn man es selbst so dumm anstellt - um sämtliche Lizenzen ansucht. Und die Gemeinde muß sie ihm geben, sie muß sie ihm alle geben, und er hat sie auch alle bekommen, bis auf den letzten Quadratmeter. Dann frage ich mich, was tun die ganzen anderen jungen Leute in dem betreffenden Gemeindegebiet, die später auch eine Lizenz möchten. Die hatten die Vorinformationen nicht, weil sie nicht eigene Rechtsanwälte dafür haben. Die bekommen keine Lizenz mehr, zumindest nicht für die nächsten drei Jahre. Das ist ein großes Problem.

Das nächste große Problem ist - und ich sage dem Herrn Landesrat sicher nichts Neues, ich sage es nur zur Erörterung jener Kollegen, die

sich nicht so intensiv damit befaßt haben -, daß die Lizenzen für gewisse Warenlisten ausgegeben werden. Diese Warenlisten sind in einer wirklich sehr intelligenten Weise, ich weiß nicht von wem, zusammengestellt worden. Ich zitiere beispielsweise eine, die vorsieht, daß der Lizenzinhaber einer bestimmten Warenliste Roßfleisch und Hühnereier verkaufen darf. Zwei Artikel die fürwahr sehr gut zusammenpassen, mit den beiden wird er auch sehr viel verkaufen, nehme ich an. Da gibt es das zweite Problem, daß gewisse Warenlisten, die zwar besser bei uns geregelt sind als beim Staat, weil das Land gewisse Warenlisten zumindest stärker unterteilt hat als Staat, aber da gibt es Warenlisten, die erfassen eine derartige Fülle von Waren, daß der betreffende Lizenzinhaber in den allermeisten Fällen überhaupt nicht diese Waren führen kann oder will. Und wenn nun ein anderer beispielsweise für einen Teil der Waren, die in einer solchen Warenliste enthalten sind, um eine Lizenz ansucht, dann bekommt er sie nicht, denn ich habe z.B. die Warenliste gesehen, ich könnte Pelzmäntel, Regenschirme und was weiß ich alles verkaufen, das verkaufe ich alles nicht, ich will nicht sagen, was ich verkaufe, damit man mir nicht illegale Werbung vorwirft. Ich könnte auch Schuhe verkaufen, tue es aber nicht, aber da sucht jetzt ein anderer an und möchte Pelzmäntel verkaufen. Der bekommt aber keine Lizenz, weil ich sie habe und noch verschiedene andere, die aber auch nicht Pelzmäntel verkaufen. Wir wollen die gar nicht verkaufen, wir möchten gerne, daß er sie verkaufen kann, aber er kann nicht. Deshalb sollte man hier besser unterteilen, damit mehr junge Leute die Möglichkeit haben, selbstständig zu werden. Allerdings muß auch eines gesagt werden. Es liegt da nicht die ganze Schuld bei der Verwaltung, sondern ein gerüttelt Maß an Schuld liegt freilich manchmal auch bei den Kaufleuten selbst. Das wollen wir gar nicht hinwegreden. Einmal, weil man immer von Liberalisierung redet und dabei nicht den Mut zur Liberalisierung hat, den ich für notwendig erachte, zum anderen ist die jetzige Bestimmung so, daß wenn jemand die gesamten Waren einer Warenliste nicht führt, dann kann ihm etwa nicht die Lizenz weggenommen werden, sondern er muß vom Bürgermeister aufmerksam gemacht werden und dann hat er noch 14 Tage, 3 Wochen Zeit, die Waren, oder wenigstens ein paar Waren dieser Warenliste einzustellen und die Lizenz verbleibt ihm. Somit kann ihm keine Lizenz genommen werden. Es wäre ein ganz einfacher Vorschlag, wenn man sagen täte, bring mir die Rechnungen der letzten zwei Jahre und ich kontrolliere, ob du die Waren dieser Warenliste geführt hast. Hast du keine Rechnungen, dann hast du entweder schwarz eingekauft und dann soll dir die Lizenz genommen werden, oder du hast überhaupt nicht eingekauft, dann brauchst du diese Waren nicht, dann soll die die Lizenz auch genommen werden und einem anderen zugeteilt werden. Ich glaube, auch solche Anregungen kosten uns kein Geld, sondern es sind einfach ein paar praktische Vorschläge aus der Erfahrung heraus. Wir könnten damit vielen jungen Menschen Freude, neuen Schwung, Optimismus für die Zukunft geben, wir könnten das junge Unternehmertum ohne Steuermittel fördern und damit für die Zukunft eine sicherere Plattform

schaffen, damit die Arbeitsplätze im eigenen Lande für unsere jungen Leute besser gesichert werden. Ich bedanke mich.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, Italien besitzt kein liberales System im Bereich des Lizenzwesens. Diese Tatsache ist auch von einem Teil der Fraktion der Südtiroler Volkspartei sehr häufig kritisiert worden, vor allen Dingen auch in einem Beschlusantrag, den der Südtiroler Landtag schon vor nunmehr geraumer Zeit verabschiedet hat und der zum Ausdruck bringt, was nach Ansicht der Fraktion der SVP notwendig wäre, um den jungen Leuten in unserem Lande das Selbstständigwerden erleichtern kann. Da, im Rahmen dieser doch längeren Liste der verschiedenen Maßnahmen wird auch in ganz klarer Form das derzeitige Lizenzwesen des Staates gegeißelt. Es ist sicher, daß mit Inkrafttreten des gemeinsamen Marktes - und der gemeinsame Markt wird kommen, vielleicht nicht 1992, aber in den 90er Jahren - wird es gerade auch hinsichtlich dieser Fragen eine neue Lage und eine neue Situation geben. Man wird dann sehen, wie der italienische Staat, der ja die primäre Kompetenz in diesem Bereich hat, sich in dieser Frage im Rahmen des Marktes verhalten wird. Im Moment hat Südtirol sekundäre Kompetenz in diesem Bereich und auch wir kommen nicht umhin, auch unter Bezugnahme der Inhalte des damaligen Beschlusantrages, heute wiederum festzustellen, daß das Anliegen, das hier zum Ausdruck gebracht wird, schon gerechtfertigterweise gestellt wird. Nur, soweit ich informiert bin - und ich ersuche auch namens unserer Fraktion den zuständigen Landesrat Ferretti, darüber Auskunft zu erteilen -, ist er derzeit dabei, diese Überprüfungen, die auch hier angeregt werden, über Kombinationen von Waren im Rahmen dieser Warenlisten nachzudenken, ob mehr Sinnvolligkeit da hineinzubringen bzw. wirklich das eine oder andere Negative, was hier durch den Einbringer aufgezeigt worden ist, auszuräumen. Ich würde daher Landesrat Ferretti ersuchen, hier zu erklären, ob man tatsächlich im Assessorat derzeit dabei ist, hier Anliegen, die auch im Beschlusantrag zum Ausdruck kommen, eine neue Sinnggebung zu verleihen. Für den Fall, daß der zuständige Landesrat eine entsprechende Bestätigung hier geben könnte, wären wir der Meinung, daß es dann nicht mehr notwendig wäre, daß der Südtiroler Landtag die Landesregierung verpflichtet, etwas zu tun, was sie bereits tut, sondern, daß - weil das Anliegen wirklich auch bedeutend ist - man nicht den Beschlusantrag zurückziehen sollte, sondern daß der Südtiroler Landtag aus den genannten Begründungen dann heraus der Landesregierung empfehlen soll, dies zu tun und fortzufahren in der Erledigung dieser Angelegenheit, da Landesrat Ferretti in seinem Assessorat einiges an Vorarbeit in diese Richtung bereits geleistet hat. In diesem Sinne und entsprechend den Erklärungen des Landesrates Ferretti würden wir dann als SVP-Fraktion unsere Stimmabgabe tätigen. Wir wären allerdings jetzt nicht dafür, so ohne weiteres, es müßte da noch ein Gespräch natürlich in erster Linie auch mit dem zuständigen Landesrat geben, eine Verpflichtung

auszusprechen, aber hören wir uns zunächst mal an, was uns Landesrat Ferretti hierzu sagen wird. Danke, Herr Präsident!

TRIBUS (AS): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze zu diesem Anliegen des Kollegen Meraner. Das Problem ist sehr häufig diskutiert worden und ich kann daran erinnern, daß bei jeder Haushaltsdiskussion auf dieses Problem eingegangen wird, weil die Situation, die der Kollege Meraner geschildert hat, tatsächlich so ist. Es ist ein fast tragischer Zustand, daß die Warenlisten derart kompliziert und eingrenzend aufgebaut und aufgestellt sind, daß man tatsächlich keine Chance hat, zum Zug zu kommen. Ich habe ein Beispiel, das ich vor einigen Tagen versucht habe zu lösen. In Bozen, eine Dame, die einen Bioladen eröffnen will, mit Produkten biologischer, biodynamischer Art, aber diese Kategorie ist nicht vorgesehen, die fällt in die Kategorie der Lebensmittel. Nun gibt es in Bozen keine Lebensmittellizenz und es besteht nicht die Möglichkeit, sagt man in der Gemeinde, eine Unterkategorie zu erfinden, weshalb man sagt, tut mir leid, aber Sie müssen einen Ausweg suchen. Der Ausweg wäre gewesen, daß man eine kleine Genossenschaft bildet, weil die Genossenschaften andere Rechte haben. Natürlich, eine begeisterungsfähige Person erfindet vielleicht alles mögliche, um das Ziel zu erreichen, das sie sich gestellt hat, aber es ist nicht jedermanns Sache, daß er jetzt eine Genossenschaft gründet, um einen kleinen Laden zu eröffnen. Nur deshalb, weil alle Lizenzen, in diesem Falle der Lebensmittel, vergeben sind, ist es einfach nicht möglich, legal eine Aktivität zu eröffnen, die im konkreten Fall, den ich genannt habe, tatsächlich eine Marktlücke wäre und es würde natürlich auch die Möglichkeit bestehen, hier eine Arbeit zu finden und ein Tätigkeitsfeld für sie und auch für einige andere. Aber aus rein technisch-bürokratischen Gründen ist das nicht möglich, und das ist ein Grund, den auch der Kollege Meraner aufgezeigt hat und der berechtigt ist, als Klage, daß die Warenlisten tatsächlich überdacht werden müßten. Es gibt alte Lizenzen, die wirklich so allumfassend sind, die vom Knopf bis zum Auto, die alles umfassen, und wer die hat freut sich natürlich heute darüber, die werden dann sündteuer verkauft, und das ist ein anderer Skandal. Das ist dann das Problem der Planwirtschaft oder der freien Marktwirtschaft. Entweder-Oder. Es gibt hier im wesentlichen die Planwirtschaft und Liberalität ist ein reiner Schein, weil wenn es tatsächlich die freie Marktwirtschaft geben würde, dann ist das das Recht eines jeden Staatsbürgers, daß er um eine Lizenz ansuchen kann, wenn es ganz frei wäre, dann hätte jeder das Recht anzusuchen und auch zu erhalten und dann entscheidet der Markt und die Konkurrenz, ob ein Geschäft imstande ist, durchzuhalten oder nicht. Wir haben hier die Planwirtschaft, ich Land, ich Staat, ich Gemeinde beschließe, wer, wann, wo, wie ein Geschäft eröffnen kann, dabei wissen wir heute, daß 100% der Lizenzen vergeben sind, und damit wird ein Handel getrieben. Obwohl natürlich damals, wer um eine Lizenz angesucht hat, keinen Knopf dafür gezahlt hat. Heute werden Lizenzen für 100e von Millionen Lire verkauft. Eine Lizenz

für eine Bar z.B., nur eine Lizenz, ohne Mauern, gar nichts, wird für 100 Millionen Lire am miesesten Stadtrand von Bozen, im Zentrum von Bozen für 300, 400 Millionen Lire weiterverkauft, obwohl es eigentlich das Recht eines Staatsbürgers wäre, darum anzusuchen und die Lizenz zu erhalten. Auf diese Situationen müßte man eingehen, und dann müßte man tatsächlich etwas erfinden, um dieser Illegalität abzuhelpfen, denn der Lizenzenhandel ist heute ein Handel, der sich auf alle Gebiete erstreckt hat. Die Taxilizenzen z.B., es gibt keine Taxilizenzen mehr. Wer sie hat verkauft sie, sündteuer, 100e von Millionen. Also, wer damals in Lizenzen "gratis" investiert hat, hat heute 100e von Millionen und gibt die weiter. Das ist in keinem Gesetz vorgesehen, aber es passiert halt so. Wenn da tatsächlich irgend etwas getan werden könnte, ich weiß nicht, ob dieser Beschlußantrag genügt, um da Ordnung und Klarheit zu schaffen, um klare Richtlinien auszuarbeiten. Da wird gefordert, daß die Regierung in einer vernünftigen Zeit, natürlich, jetzt am Ende der Legislatur, in einem Monat wird sie kaum imstande sein und wird auch kein Interesse haben, Warenlisten abzuändern. Auf alle Fälle bin ich mit dem Grundanliegen des Beschlußantrages einverstanden, daß man auf diesem Sektor tatsächlich Klarheit schaffen muß und zwar mit ganz eindeutigen und klaren Kriterien gegen die Spekulation, denn die existiert heute. Natürlich hat der vom Kollegen Meraner genannte Großkaufmann Podini recht, er ist ja legal, er tut das, was ihm das Gesetz erlaubt. Wenn das so geschieht, kann man ihm nichts zum Vorwurf machen. Er ist halt ein bißchen schlauer als die anderen. Das heißt dann, daß die Liberalität tatsächlich für die Großen gilt und nicht für die Kleinen, denn dann wird die freie Marktwirtschaft ad absurdum geführt. Wenn in dieser komplexen Materie in Zukunft Hand angelegt werden soll, dann sehen wir dies natürlich gerne und wir werden auch, sollte das soweit kommen, auch entsprechende Vorschläge einreichen, damit das nicht wieder der Betrug des Betrugers wird. Aber, wie gesagt, grundsätzlich sind wir mit dem Inhalt des Beschlußantrages einverstanden und haben deshalb keine Schwierigkeiten, ihm auch zuzustimmen. Danke schön.

MITOLO (MSI-DN): Presidente, non c'è dubbio che esiste una situazione di difficoltà, situazione che sicuramente in molti casi scoraggia chi intende assumere certe iniziative e soprattutto coloro i quali magari non sono ancora molto ferrati, come tanti giovani nei meandri dell'attività e dell'intrapresa commerciale.

Certamente però non è così semplice né così facile affrontare il problema posto proprio per la difesa degli interessi dei più deboli. Non può essere lasciata libertà assoluta di iniziativa e di intrapresa, perché le nostre norme che attualmente sono in vigore tengono conto degli interessi specifici delle categorie; tanto è vero che le licenze commerciali vengono rilasciate su parere di una Commissione di cui fanno parte non secondaria i commercianti ed i rappresentati di categoria. In molti casi sono stati e sono gli stessi commercianti che chiedono maggiore se

verità nel controllo, nel rilascio delle licenze, soprattutto per garantire la competenza di coloro i quali vanno a svolgere un certo incarico, una certa attività di carattere specificatamente professionale.

Proprio in fatto di tabelle merceologiche io so, ovviamente per sentito dire, che sono gli stessi commercianti a difendere il metodo che fino ad ora è in uso, perché, almeno così mi risulta, questo consente maggiori possibilità di controllo e consente di evitare che nel mercato entrino persone inesperte, incapaci, che risultano poi dannose a tutti oltre che a sé stesse, perché rovinano l'attività di carattere commerciale. Il problema esiste ed è un vecchio problema. Ritengo che non sia neanche di facile soluzione, posto che noi abbiamo competenza di carattere secondario e non abbiamo la potestà primaria di legiferazione. Guarda caso, bisogna tenerne il debito conto. Le iniziative che dobbiamo prendere le dobbiamo prendere, secondo quanto previsto dalla mozione, in collaborazione, come dice all'ultimo comma, con tutti i rappresentanti di categoria che non è certo facile mettere d'accordo.

In linea di principio noi rileviamo che la mozione solleva un problema attuale, certamente degno della massima considerazione. Ora sentiremo che cosa dice l'Assessore, il quale è chiamato ad esprimersi sull'impegno che la mozione richiede per la Giunta provinciale. Sulla base di quanto ci dirà l'Assessore, il quale non può non tenere conto anche delle disposizioni di legge, si vaglierà se non è il caso addirittura di modificare la legge che presiede a queste attività.

Certo anche noi auspichiamo che sia maggiore la possibilità per tutti coloro, ed in particolare i giovani, che intendono avviarsi in intraprese, iniziative, in imprese di carattere commerciale. Non ci possiamo dimenticare anche di tenere presenti quelli che sono i quesiti. Per favorire determinate categorie non si possono certamente ledere gli interessi di altre categorie che in base alla legge esercitano il loro diritto e mantengono il possesso di certe licenze. E' vero, come dice il collega Meraner, che in molti casi le licenze commerciali comprendono più articoli proprio per effetto della tabella merceologica ed è vero che il titolare della licenza è in grado di mettere in commercio e di consentirne la messa a disposizione dei cittadini e dei clienti che accedono al negozio o all'impresa di cui è titolare.

Mi riservo di ascoltare che cosa dirà l'Assessore prima di prendere una decisione definitiva.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, colleghi e colleghe, debbo ripetere quello che altri hanno già affermato questa mattina. Ancora una volta su questa mozione sarebbe stato di aiuto alla discussione una parziale ancorché preventiva presa di posizione del rappresentante della Giunta. In rapporto a questo si può condizionare non solo la discussione, ma anche l'atteggiamento sulla mozione da parte dei colleghi del Consiglio.

Ciò premesso, condivido solo in parte, lo dico molto schiettamente, questa mozione. La condivido nello spirito tendente a dire che sempre più persone che hanno i requisiti, la disponibilità, ecc., si inseriscono in un'attività di lavoro, in una impresa senza ottenere preventivamente dei vincoli, in questo caso di chiusura, degli ostacoli che impediscono attraverso la mancata concessione delle licenze l'attività medesima. Questo è un problema che si può generalmente riferire a quegli aspetti rappresentati da quanti intendono inserirsi nel mercato del lavoro e dunque delle varie attività. Se questo è l'aspetto positivo, non posso però nascondere, ben inteso dal nostro punto di vista, una contraddizione che più volte emerge e che è tutt'ora presente.

Io me ne guardo bene dal dire e dal giustificare situazioni di più o meno ufficiale monopolio. "Non voglio disturbare a coloro i quali già godono della licenza ed attraverso essa delle attività." Non voglio minimamente dire questo e giustificarlo. Mi riferisco però ad una situazione che è in parte presente nella nostra provincia e che è certamente molto presente nel nostro Paese, che è anche un dato europeo. Mi riferisco al problema più in generale del commercio e della distribuzione. Se sono vere certe affermazioni, certi scritti che sovente leggiamo non solo sulla stampa specializzata, ma anche come cronaca sulla stampa quotidiana, mi pare di ricordare che il nostro Paese è il Paese che ha la maggiore atomizzazione del commercio sul piano europeo. L'atomizzazione di questo comparto, intendiamoci, il solito ragionamento della media sul piano nazionale, poi ci saranno località dove questo è ulteriormente frazionato e località dove lo è di meno.

Sul piano generale non a caso si parla di una riforma del commercio, perché molti che hanno questa attività non reggono alla cosiddetta concorrenza o al mercato in virtù vuoi dei supermercati, vuoi dei costi di gestione di una certa azienda, soprattutto se è al di sotto di un certo livello di giro di affari. Parlando con delle organizzazioni di categoria ho usato questa affermazione in parte condivisa. Badate che nel frattempo molti commercianti devono fare il supermercato dove all'interno di esso il singolo commerciante concorre, ad esempio, con il banco delle calzature o dei profumi o con prodotti di generi alimentari o con altra merce. Anche i costi di gestione sono compresi in un sistema, un apparato con il quale o chiudi o ti organizzi così o finisci con il fare il commercio in un'altra azienda o in un grande magazzino.

Queste sono le verità, per cui dove trovo una apparente rotta di collisione? Tra questa giusta sollecitazione, dicendo che non è vero che esiste una situazione di monopolio per cui il mercato è chiuso e chi c'è gode dell'attività e magari dei suoi benefici, mentre gli altri che bussano sono continuamente alla porta, fanno una lunga coda senza poter accedere. Contemporaneamente dobbiamo sapere che esistono queste situazioni e che di fronte ad esse non si può fare finta di nulla, perché è vero che il comparto del commercio ha grande rilievo, ha un grande numero di addetti, ha un grande giro di affari. Il comparto del commercio non è

considerato un comparto "produttivo", non é la fabbrica che produce, non é l'attività primaria, ma una situazione, una organizzazione, una forma di attività intermedia tra il momento della produzione e quello del consumo. Se questi costi sono contenuti, e non mi faccio illusioni perché i margini di profitto ci sono e ci saranno, ma se i costi di questa struttura sono più contenuti, di qui la competitività con livelli diversi. Naturalmente il giovamento ci sarà, credo per il consumatore e probabilmente anche per il produttore. Il costo finale di un prodotto é dato da tante cose, tra cui anche questa serie numerosa di passaggio delle merci dalla produzione al consumo finale. Per cui si impongono elementi di razionalizzazione del settore commerciale.

I piccoli commercianti anche da noi hanno lanciato dei segnali. L'Assessore risponderá perché probabilmente avrà avuto anche dei confronti con i rappresentanti di queste categorie. Non c'è dubbio che le polemiche ed anche determinate decisioni dal punto di vista amministrativo, sull'ammettere o meno in questa o in quella località all'esercizio un grande magazzino, un supermercato, é il segno rivelatore di pressioni, di richieste che rappresentano, riflettono interessi anche tra loro contrastanti. Esiste una partita che possiamo giocare anche sul piano locale in rapporto a quelle che sono le nostre competenze, le nostre potestá. Non mi faccio illusioni sul fatto che la partita é anche di natura nazionale, perché non c'è dubbio che il problema di queste dimensioni non lo possiamo affrontare e risolvere solamente sul piano locale. I collegamenti che mi sono permesso, per brevi cenni, di riportare alla Vostra attenzione sono fattori considerati in ogni economia, in ogni paese europeo.

Ultimissima considerazione. La mozione non ne fa tanto cenno, ed in parte é comprensibile perché affronta il problema di iniziare l'attività di consentire il chiarimento nel mercato. Esiste il problema di quelli che già ci sono dentro e che debbono "galleggiare" ed é un altro capitolo del medesimo libro. La mozione non lo dice, ma dobbiamo tenere presente anche questo fatto. Non credo neanche - si potrebbe aggiungere egoisticamente - che qualcuno possa accedere sempre o solo sulla pelle di altri che non reggono. A volte succede anche questo: uno non ce la fa più, chiude baracca e subentra qualcun altro, vende la licenza, ecc. Anche questo non mi pare che sia tanto auspicabile come pressoché unica occasione di inserimento. C'è un problema anche di come il comparto possa reggere attraverso i necessari ammodernamenti ed operazioni più intelligenti che si possono fare a questo riguardo. A questo proposito c'è anche un ruolo da parte dell'ente pubblico nelle attività non solo promozionali, ma propri di contribuzione per avviare a concretezza queste esigenze di razionalizzazione e di associazionismo.

Quando mi riferisco ad un intervento dell'ente pubblico intendo dire che anche nei confronti del comparto del commercio bisogna partire dal dato rappresentato dalle risorse messe a disposizione. Ed, a seconda delle esigenze, saper anche dare eventuali colpi di accelerazione dove e

come ritenuti opportuni, sempre con questo coinvolgimento delle più dirette interessate organizzazioni.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): La mozione ha un carattere generale di tipo più volontaristico che tecnico. Espone questioni e problemi che riguardano il settore del commercio su cui debbo dire che le competenze della Provincia sono piuttosto contenute.

Noi abbiamo una competenza secondaria e quindi la legge, tanto per rimanere nel campo, le tabelle merceologiche e le tabelle di assegnazione vengono già fissate e definite dallo Stato. Noi possiamo intervenire, certe competenze sono della Provincia, però la maggior parte delle competenze sono dei Comuni e quindi è difficile poter dare una risposta che soddisfi, anche sul piano delle ipotesi di lavoro che abbiamo già intrapreso.

Per esempio, qui viene sollevato il problema delle tabelle merceologiche cosiddette bloccate. Io ritengo che il collega voglia dire che ci sono le tabelle merceologiche che hanno una gamma di prodotti tali ed a volte invece anziché tutti i prodotti uno è interessato a vendere i centri di pizzo merletto mentre invece sarebbe costretto a vendere non so quali altre merci. Oppure uno è interessato a vendere latte e pane ed invece è costretto a vendere tutta la gamma merceologica degli alimentari. Peraltro non ignoro che ci sono quelli che vogliono vendere tutta la gamma merceologica degli alimentari e non solo il pane ed il latte, ma agli effetti della cosa che voglio dire, dico che mentre non è possibile avere tabelle merceologiche ridotte, quando uno ha una tabella merceologica che comprende gli alimentari e non le carni, deve vendere tutti gli alimentari e non può vendere solo il pane e il latte o non può ottenere la tabella merceologica solo per il pane e il latte.

Sta accadendo di più, collega Meraner, ed è che la nuova regolamentazione della legge n. 426 del 1971, quella effettuata dallo Stato qualche settimana fa unificando i vecchi testi di regolamento, porta addirittura ad ampliare la gamma merceologica delle tabelle. Ed ora Le faccio un esempio. I prodotti alimentari che prima erano distinti dalle carni, nella nuova ipotesi vengono congiunti e tutti i prodotti alimentari, comprese le carni, potranno venire venduti - ovviamente all'infuori delle carni equine per non creare confusioni tra le carni equine - quelle suine e bovine che hanno prezzi e potrebbero avere apparenze uguali con prezzi invece diversi. Oppure le scarpe e l'abbigliamento che hanno tabelle distinte, oggi sono abbinati. Lei che è commerciante sa che cosa vuole dire all'interno della gamma merceologica fare una riforma di questo genere con tutti gli ampliamenti ed i condizionamenti che ingenererà.

Perché si va incontro a questo? Perché ormai è noto, checché si dica, si scriva o si legga, che la distribuzione commerciale procede in modo produttivo e vantaggioso se è in forma organizzata e non in quella

dei supermercati. Tanto perché sia chiaro, io non ho rilasciato una licenza di supermercato da quando faccio l'Assessore al commercio. Ne ha rilasciata una la Giunta ed è successo un po' di contestazione, ma senza il mio voto. Questo lo dico perché sia chiaro e mi dispiace che non ci sia il collega D'Ambrosio.

Io sono tranquillo, ma è certo che la piccola distribuzione se non si associa, consorzia, consocia o non si aggrega alla distribuzione più grande, rischia di morire di per sé di asfissia, e chi predica anche in questi giorni perché la piccola distribuzione sopravviva, mi deve dire se deve sopravvivere con il sostegno dell'ente pubblico, con la cassa integrazione, perché la verità è che ci vuole un'impreditoria anche nel commercio che diventa vantaggioso e remunerativo quando trova forme consociative di cooperazione, di aggregazione alla fonte, nella distribuzione. Cinque negozianti che si associano puntano a dei prezzi più bassi e quindi possono avere dei costi inferiori rispetto ad un solo negoziante, ma 50 li hanno ancora più alti, 500 hanno questi sconti ancora più alti e riescono a fare una catena di distribuzione con un magazzino unico, con una distribuzione giornaliera senza depositi corrispondente al consumo.

Quindi, quando le tabelle merceologiche vengono ampliate, e ritorno al concetto di partenza, non si tratta altro che di rispondere ad una modifica che è di per sé già intervenuta sul mercato e che è quella che la grande distribuzione degli alimentari o la distribuzione degli alimentari - li vediamo nei paesi più piccoli, a Falzes come in val Passiria e non solo a Bolzano e a fondovalle -, perché qualcuno fa attenzione per i fatti grossi di Bolzano perché vive solo a Bolzano o ha i voti solo a Bolzano.

La verità del commercio è che il commercio si trasforma ovunque, ed allora quando ci sono queste trasformazioni ormai correnti è inevitabile - io dico sempre che una buona legge succede e non precede la sensibilità dell'opinione pubblica e cioè che una buona legge corrisponde ad una generalità di attese, tranne quelle delle tasse - in questo caso la nuova regolamentazione della legge n. 426 a cui noi ci dovremmo anche adattare, e ci stiamo adattando. Essa prevede gli alimentari tutti, perché ormai tutti vogliono andare in un solo negozio ed acquistare dal detersivo fino alla carne, di acquistare dai biscotti fino agli altri prodotti alimentari, gli insaccati, gli inscatolati, ecc. Accade quindi, per l'altro esempio che ho portato riguardante le scarpe e l'abbigliamento, che ormai le scarpe, l'abbigliamento e la borsetteria sono fatti così collegati, così correlati - il collega Tribus potrebbe darci una lezione di eleganza e di buon gusto - che inevitabilmente si cerca di metterli assieme.

CONSIGLIERE: (Interrompe - unterbricht)

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Non ho detto nulla di disdicevole, anzi! Allo stesso banco del Con-

siglio poter vivere due tendenze di eleganza, l'una naif ricercata e l'altra corrente e di molto gusto, é una cosa che non é di tutti i Consigli regionali e provinciali.

Ritorno all'esempio che ho fatto. Sempre di piú si vede l'abito, specialmente da donna, accompagnato alla cintura, alla borsetta ed alle scarpe, costituendo un unicum di eleganza. Le modifiche che stanno intervenendo sono a mio avviso modifiche che corrispondono ad un andamento del mercato, e a chi gridasse allo scandalo che non si devono compiere, io dico di guardare da che parte provengono, quali interesse tutela, se tutela come deve essere gli interessi del consumatore che é la generalitá della popolazione o solo quelli del venditore o di certi venditori, di un certo settore. Troppo spesso anche la stampa, la radio e la televisione hanno dato rilievo alla voce individuale di qualche catena o di qualche persona. Troppo spesso conferenze stampa di cui i giornalisti sono stati strumenti per megafonare i contenuti delle conferenze stesse, erano effettuate unicamente allo scopo di tutelare l'esistente e non di favorire la collettivitá.

C' é un supermercato in Alto Adige che si dice non sia regolare - e non é il Famila, tanto per essere chiari - che é frequentato giornalmente da migliaia di persone. E' stato aperto, é gradito, e non voglio dire dove é, perché non ne voglio fare una questione di quel supermercato. E' gradito, frequentato, la gente dimostra di averlo accettato e l'Assessore chi deve badare, la catena "X o Y" o il venditore "Z" che non lo vogliono perché in una qualche misura produce una concorrenza che costringe a contenere i prezzi ed i costi. So di essere alla vigilia della campagna elettorale, ma non rinunceró mai ad esprimere le mie opinioni. L'Assessore deve guardare la collettivitá che gradisce quel negozio, gli albergatori, gli altri commercianti che gradiscono quel negozio e quindi nel caso in cui si potesse ampliare, il quesito che si pone é quello di dare o non dare l'ampliamento. Lo dico soprattutto all'inquieto collega D'Ambrosio, che va su e giú e non ha deciso se rimanere o andarsene che ha fatto certe interrogazioni chiaramente sull'onda di interessi che erano di settore, questa é la veritá!

Questi sono i problemi che Lei collega Meraner con la Sua mozione implicitamente solleva quando dice che non si possono dare le licenze perché sono bloccate oppure perché sono giá state date. I piani commerciali quando nascono, come ad esempio il nuovo piano commerciale di Laives, che nasce per non mutare nulla; queste sono le difficoltá! Io non sono per la liberalizzazione nel senso che tutto deve essere dato a tutti, ma sono per una maggiore libertá ragionata. Non puó accadere che ogni volta che si mette mano ad una licenza, ad una deroga di orario o a qualche cosa accada, che l'Assessore fa un qualche cosa contro. Ci si deve chiedere contro chi.

Quando io apro un punto di vendita, il punto di vendita dimostra nel tempo di campare e vuole dire che io ho compiuto - e grazie a Dio non io, ma é sempre la Giunta - una operazione che é di risposta alla domanda

di servizio-negozio e se qualcuno ne ha tratto uno svantaggio certamente non ci confortiamo, non siamo lieti di questi. Noi dobbiamo sì tutelare l'esistente, ma anche ampliare le occasioni di servizio rispetto ai consumatori.

Questa é la linea che seguiamo, perché sappiamo come vengono commercializzate e vendute le licenze. Sappiamo che certi fatti che accadono sul mercato accadono proprio perché non c'è questa situazione di maggiore libertà. Certo l'anno 1992 - conto di mettere assieme un convegno nelle prossime settimane sui traguardi che si raggiungeranno - introdurrá alcune modifiche. Noi stessi, ed ecco quindi che io le dico ufficialmente perché non posso accettare la Sua mozione, sia perché é di carattere volontario, sia perché non specifica, ma anche perché soprattutto si inserisce sul lavoro che stiamo già facendo. Io non vorrei che Lei andasse a vendere siccome Lei ha fatto la mozione, collega Meraner, e l'Assessore al commercio si é svegliato. Noi come Le ho già detto privatamente, da tempo stiamo regolamentando, cercando di adattare alla legislazione provinciale, alle nostre competenze quel testo unico coordinato che il Ministero ha già emanato nelle settimane scorse e che ho qui tra le mani, in maniera da essere anche noi in linea con i tempi.

Non Le nascondo che ho delle difficoltà, e Lei ha già capito quali sono le difficoltà. Si passerá dai criteri per cui i negozi devono essere fino a 400 metri di competenza comunale, ad altri criteri, e le concessioni che i negozi potranno ampliare autonomamente fino a 200 metri, ritenendo questa una superficie minima. Le deroghe o le domande verranno fatte dai 200 ai 400 metri e diventeranno supermercati solamente i negozi oltre i 400 metri. Ormai il tipo di organizzazione e di accesso alla merce che ha invalso nel commercio moderno ci fa dire che i negozi dovrebbero essere tutti molto ampi. La vendita - e non pensiamo al consumismo, perché questo sarebbe un discorso di un altro settore, ed io in questo momento devo fare l'Assessore al commercio - deve essere allettante, assecondata, deve poter consentire all'utente del negozio di accedere al prodotto, di manipolarlo, di vederlo, di constatare, di leggere la scatola o l'involucro e cioè di rendersi conto dell'acquisto. Questo può avvenire non in un rapporto bi-univoco di due persone che fanno una cosa sola, il commesso e l'acquirente, ma in un rapporto dell'acquirente con la merce, e quindi la merce distribuita, la merce di cui per qualche istante ci si può appropriare, tastare, ecc. Per questo ci vogliono superfici, ed ogni volta invece che si amplia, si fanno interrogazioni, articoli o questioni.

Non é così che si risponde alla domanda del commercio. La domanda del commercio vuole ben altri discorsi che stiamo cercando di fare. Le leggi che abbiamo fatto per il finanziamento e l'imprenditoria commerciale, haimé con ritardo rispetto agli altri interventi, sono leggi a mio avviso che vanno incontro ad un tipo di riorganizzazione del commercio. Mi fa piacere leggere oggi sul giornale che il presidente dell'unione commercianti riconosce che gli interventi che abbiamo fatto

in questi ultimi tre anni per miliardi e miliardi hanno corrisposto. E' una migliore organizzazione, un acculturamento nel settore del commercio. Come diceva il collega Mitolo, é una preparazione che é necessaria a monte, ma anche nell'itinere. Non é un fatto che si acquisisce e che scompare.

Ecco allora che una volta tanto io Le debbo essere grato per questa mozione, che non é velenosa, ma é costruttiva, e con questo non intendo dire che una volta tanto le Sue mozioni sono costruttive, ma che una volta tanto abbiamo una mozione di proposta e non sempre una mozione di critica, di demolizione, quasi come se stessero tutti gli stupidi da una parte, gli intelligenti dall'altra...

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Tanto non la voti lo stesso.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Ho spiegato al collega e non so se Lei era presente. So che era irrequieto, perché continuava ad andare su e giù.

Noi cercheremo di intervenire indirizzando anche ad una maggiore attenzione per le esigenze che sono prospettate, i due piani più importanti che sono in via di rielaborazione, quello di Merano e quello di Bolzano. Le ho detto di quello di Laives, che si é concluso senza che accadesse praticamente nulla. Era necessario rifarlo ed hanno riconfermato il precedente.

Interverremo proponendo modifiche con apposite normative provinciali ed interverremo anche continuando a sostenere l'opportunità di finanziamenti per la ristrutturazione del settore. Ecco quindi che in un certo senso la mozione può essere servita per fare una volta tanto il punto sulla situazione del commercio e su come si dovrebbero prospettare le modifiche nei prossimi mesi.

MERANER (FPS): Herr Landesrat! Ich möchte mich zunächst einmal für die Ausführungen bedanken, aber nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei den Vorrednern, weil ich auch hier feststelle, daß wir in der Sache selbst große Gemeinsamkeit finden. Natürlich konnte ich nicht wissen, daß das zuständige Assessorat in diesem Bereich bereits seit einiger Zeit tätig geworden ist, das kann man mir auch nicht anlasten, denn mir hat es der Landesrat auch nicht gesagt, und den anderen auch nicht. Heute hat er uns die Erklärung abgegeben, ich finde, daß sie gut und aufschlußreich war und ich möchte nach einer kurzen Absprache mit ihm erklären, daß ich ohne weiteres bereit bin, daß wenn die Landesregierung ohnehin schon in die Richtung arbeitet, wie ich es in diesem Beschlußantrag gerne haben möchte, daß es im Beschlußantrag anstatt des Wortes "verpflichtet" meinetwegen "empfiehlt" heißen soll. Ich habe überhaupt nichts dagegen einzuwenden, denn es geht ja darum, ob die Landesregierung verpflichtet wird, oder ob ihr etwas empfohlen wird. Es geht mir ja nur darum, daß jene Ziele erreicht werden, die ich mit diesem Beschlußantrag anstrebe. Der Landesrat

hat mir eben gesagt, daß er selbst und die Landesregierung gewillt sind, in diese Richtung zu marschieren. Folglich schlage ich vor, daß man meinen Beschlußantrag in diesem Sinne abändert, daß an Stelle des Wortes "beschließt" das Wort "empfiehlt" kommt und bitte die Kolleginnen und Kollegen, dem Beschlußantrag in dieser neuen Form zuzustimmen.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. OSKAR PETERLINI

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Wir ändern also den Text entsprechend, und zwar im vorletzten Absatz heißt es anstatt "verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung", "empfiehlt der Südtiroler Landtag der Landesregierung".

Ich nütze die Gelegenheit vor der Abstimmung, um noch einige Mitteilungen zu geben. Zunächst darf ich für morgen noch einmal wiederholen, ich bitte die Abgeordneten bzw. die Landesräte, also alle Mitglieder des Landtages, die Tische abzuräumen und alles mitzunehmen, was Ihnen gehört. Das zum ersten. Zum zweiten bitte ich die Fraktionsführer, sich um 11.30 Uhr im Büro von Dr. Erckert einzufinden. Ich präzisiere, der Termin ist vorverlegt worden. Weiters bitte ich die Abgeordneten, spätestens um 11.45 Uhr im Saal zu sein, und zwar bitte ich Sie, in der ersten Reihe Platz zu nehmen; Herr De Giorgis wird für die Platzzuweisung behilflich sein. Die Presse ist nur soweit zugelassen, soweit sie vom Regierungskommissär akkreditiert worden ist, also wer kommen möchte, sollte sich noch darum bemühen. Publikum ist keines zugelassen. Soweit zum morgigen Besuch des Staatsoberhauptes.

Für die nächste Sitzungstätigkeit folgendes. Die nächste ordentliche Sitzung ist am Dienstag, den 13. September. Wir setzen die Behandlung von Anfragen, Interpellationen und Beschlußanträgen fort und ich bitte die Landesräte, sich vorzubereiten, speziell die Landesräte Bolognini, Mayr, Benedikter und Saurer, sowie den Landeshauptmann Magnago. Ebenso ist am nächsten Mittwoch Sitzung und die ganzen Septembertage durch, also Dienstag, Mittwoch und Freitag, bis Ende September, ausgenommen Freitag, den 16. September, der den Gesetzgebungskommissionen vorbehalten wird, weil vieles nachzuholen ist. Vorläufig haben die Gruppensprecher beschlossen, bis Ende September die Sitzungen einzuberufen, haben sich aber vorbehalten, eventuell weitere Sitzungen im Laufe des Septembers anzuberaumen, aber das muß noch entschieden oder beschlossen werden.

Wir stimmen nun den Beschlußantrag Nr. 91/88 in der abgeänderten Form ab: bei 1 Enthaltung mehrheitlich genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 13.00 UHR

S E D U T A 260. S I T Z U N G

9.9.1988

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Peterlini (3,5,51)

Frasnelli (5,8,16,18,24,40)

Meraner (6,14,17,24,29,30,32,35,37,50)

Mitolo (6,9,11,18,42)

Klotz (7,17,27)

Bolognini (10,20)

Tribus (14,28,41)

Ferretti (27,28,31,33,46)

Boesso (29,35)

D'Ambrosio (29,43).